



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

171 (10.4.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333246](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333246)

General-Anzeiger



Abonnements

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummer

Direktion, Buchhaltung 1448

Drucker-Druckerei (Kun-

staben-Druckerei) 841

Redaktion 837

Expedition und Verlags-

buchhandlung 818

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesellschaft und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 171.

Freitag, 10. April 1908.

(Abendblatt.)

The Overseas League.

Auch in England hat sich eine Vereinigung gebildet, welche der Schädigung der durch das Eindringen der Franzosen in Marokko gefährdeten nichtfranzösischen Handelsinteressen entgegenzuwirken bemüht ist. Die Vereinigung trägt den Namen „The Overseas League“. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Wahrnehmung der Interessen des britischen Handels in Marokko, sondern verfolgt den allgemeinen Zweck der Erhaltung und Förderung des britischen Außenhandels. Eine von der Liga verbreitete Druckschrift, welche die Ueberschrift trägt „Englische Interessen in Marokko“, enthält so interessante Einzelheiten auf die deutsche Marokkopolitik, daß wir sie der allgemeinen Beachtung auch in unserer Lande nicht genug empfehlen können. Es ist ungemein lehrreich, hier einmal von dritter Seite dargestellt zu sehen, wie sich die deutsche Marokkopolitik von einst und jetzt in dem Urtheile objektiver Beobachter wieder spiegelt. In der Veröffentlichung der Overseas League heißt es:

Dank der Art, in der die marokkanischen Angelegenheiten in der Presse dargestellt werden, besteht die Tendenz, in der Mitte Deutschlands in Marokko und in dem Besitze des deutschen Kaisers in Tanger eine ungenutzte und unerlöste Chance und die Ursache des gegenwärtigen traurigen Standes der Angelegenheit zu sehen. Dies ist weit entfernt davon, richtig zu sein. Tatsache ist, daß Deutschland trutzige kommerzielle Interessen in Marokko hatte, daß es schon 1680 durch seinen Gesandten Grafen Zietenbach eine besondere Handelskonvention in Bezug aufgesetzt hatte, und daß Zaitenbachs Nachfolger Speidel durch den deutschen Kaiser injuncturirt worden war, seinen Einfluß dazu zu benutzen, dem deutschen Handel auf die Weine zu helfen und die deutschen Kaufleute in Marokko zu unterstützen. Deutschland war weit davon entfernt, Marokko in Hinsicht des Handels als quantitatve Negligable zu betrachten, wogegen England und Frankreich bei Abschluß ihrer politischen und kommerziellen Uebereinkommen über ein Land, das ihnen von beiden gehörte, und in welchem Deutschland kommerzielle Interessen hatte, die es als wichtig ansah, aufschreibend Deutsch als politische quantitatve Negligable betrachteten. Ist es da zu verwundern, daß der deutsche Kaiser entschlossen war, nicht unbedenklos den Verlust eines wachsenden kommerziellen Aufschwungs zu dulden? Wer hätte unter ähnlichen Umständen, sei es nun im politischen oder im Privatleben, nicht dasselbe getan? . . .

Kann es bei Betrachtung des oben Gesagten noch wunderbar erscheinen, daß der deutsche Kaiser bei seinem Besuche in Tanger von allen, mit Ausnahme der Franzosen, als der Erlöser begrüßt wurde? Wie trübte sich auf ihn als den Retter ihres Landes und die Wächter als den Beschützer ihres Handels. Alle Quanten seiner Lande sind der festen Ansicht, daß die deutsche Intervention, weil davon entfernt, der Grund des gegenwärtigen unglücklichen Standes der Dinge zu sein, dazu beizutragen hat, das Untergang des marokkanischen Reiches auf mindestens ein Jahr hinauszuschieben.

Wenn gelegentlich der letzten Reichstagsdebatte über Marokko das Zentrumsmittglied Freiherr von Herling den Standpunkt vertrat, daß die erste Phase der deutschen Marokkopolitik, die nach unserer Ansicht der Kraft und dem Selbstbewußtsein einer mächtigen Nation entsprach, vor der Kritik weniger Stand halte als die jetzige Politik, so sehen wir hier an einem unparteiischen Beispiele, daß die frühere Art, die Marokkointeressen Deutschlands zu wahren, nicht nur

innerhalb, sondern auch außerhalb des Deutschen Reiches Beifall fand.

Welche Kreise in England mißbilligen es, daß den Franzosen zu Liebe ein bedeutendes Gebiet britischen Handels aufgegeben werden soll. Dabei könnte zur Beweiskräftigung der Bedenken britischer Handelskreise mit Recht geltend gemacht werden, daß diese verhältnismäßig kleine Schädigung der britischen Handelsinteressen mehr als wett gemacht wird durch die politischen Vorteile, welche die englisch-französische Entente für England bietet. Ist es doch deutlich erkennbar, daß England den französischen Bundesgenossen materiell zu stärken sucht, um ihn gegebenenfalls als Festlandssoldaten gegen Deutschland auszuspielen. Für die Deutschen in Marokko und ihre Geschäftsfreunde im Heimatlande trifft dieser Trost nicht zu. Angesichts des scharfen Konkurrenzkampfes, den der überseeische Handel Deutschlands in diesen Tagen des gesteigerten Wettbewerbs zu bestehen hat, ist es auch aus allgemein politischen Gründen bedauerlich, daß Deutschland heute der Gefährdung des deutschen Handels in Marokko allzu ruhig zusieht.

In einem Punkte glauben wir, die Darlegungen der Overseas League ergänzen zu müssen. Wenn die englische Druckschrift für die Einhaltung der Algeiras-Akte eintritt, so ist damit bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge wenig gesagt. Auch Frankreich beruft sich fortgesetzt auf die Algeiras-Akte. In Algeiras hat die deutsche Diplomatie, offenbar ohne sich der Tragweite ihrer Konzeptionen bewußt zu sein, der französischen Regierung, die sich nicht ungeschickt hinter der spanischen Wand verborg, ein Volksmandat für Marokko übertragen lassen. Hieraus leitet Frankreich jetzt ein allgemeines Mandat Europas her, wonach es beauftragt ist, in Marokko Ruhe und Ordnung zu schaffen. Aus der Lösung einiger französischer Unterthanen und Schutzbesoldungen in Marokko leitet Frankreich die Verdrängung her, mit einer starken Armee in Marokko zu landen, Ströme von Blut zu vergießen und weite Gebiete des Landes bis zum Ganze Kimmerleinstage vorübergehend zu besetzen — alles im Einklang mit der Algeiras-Akte. Unter solchen Umständen kann die Verfassung auf die Algeiras-Akte nur noch platonisches Interesse heben. Solange sich keine Macht findet, die der Auslegung der Algeiras-Akte durch Frankreich ein faktisches Halt gebietet, solange insbesondere deutsche Staatsmänner der Meinung sind, daß Frankreich die Algeiras-Akte immer nur „unklar“ verlege und daß Frankreich das Recht habe, neben der Algeiras-Akte her allerlei zu tun, was den deutschen und englischen Interessen in Marokko zuwiderläuft, solange ist die Berufung auf die Algeiras-Akte ein dialektisches Spiel, ein Wort ohne Sinn.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 10. April 1908.

Die preussischen Landtagswahlen.

In Bielefeld-Halle-Serford haben bekanntlich die Konservativen, die bisher sämtliche drei Man-

date besaßen, mit den Christlich-Sozialen ein Kompromiß abgeschlossen, demzufolge die letzteren den Dr. Rumm als Kandidaten aufstellten. Die „Rein-Weiß-Bl.“ bezeichnet es als einigermassen zweifelhaft, ob diese Kandidatur den konservativen Wahlmännern auf dem Lande genehm ist, da sie von dem von den Christlich-Sozialen propagierten Koalitionsrecht der Landarbeiter nichts wissen wollen. Die Konservativen sind sich über ihre beiden Kandidaten noch nicht schlüssig geworden. Die Sozialdemokraten ihrerseits haben drei eigene Kandidaten nominiert. Zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen dürfte wieder ein Kompromiß zustande kommen. Dieses war bei den vorigen Wahlen nur deshalb erfolglos, weil die sozialdemokratischen Wahlmänner Einhaltung übten und damit den Konservativen zum Siege verhelfen.

Im Wahlkreis Solingen-Remscheid-Lenneb., wo die Nationalliberalen die bisherigen Abgeordneten Dr. Friedberg, Dr. Gottschall und den freisinnigen Professor Eickhoff aufgestellt haben, stimmt der sozialliberale Verein in Solingen nur der Kandidatur Eickhoff zu und wird zwei andere freisinnige Kandidaten dazu aufstellen.

Vor kurzem hatte eine Beamtenzeitschrift den Beamten empfohlen, wegen der Vertagung der Besoldungsaufbesserungen bei den Wahlen Abstinenz zu üben. Dieser Vorschlag hat aber fast durchweg keine günstige Aufnahme gefunden; im Gegenteil scheinen sich die Beamten an den Wahlen lebhaft beteiligen zu wollen, und zwar in dem Sinne, daß sie entweder Sonderkandidaturen aufstellen, oder die Kandidaten der politischen Parteien auf ihr Programm verpflichten. So beschloß eine Konferenz von Beamten-Vereinen, die am Mittwoch nachmittags in Berlin tagte, mit der Gründung von Beamtenwahlvereinen ungeläumt vorzugehen, damit die Interessen der Beamenschaft mehr als bisher Berücksichtigung finden. Die Wahlvereine sollen sich aus möglichst allen Beamtenkategorien zusammensetzen. Die Leitung soll einer unabhängigen Persönlichkeit übertragen werden. Als Mindestbeitrag wurde ein Betrag von 50 Pfg. vorgelesen. Die größeren Verbände, die korporativ den Beamtenwahlvereinen beitreten, sollen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl einen Zuschlagbeitrag zahlen. Die Beamtenwahlvereine werden dann den Kandidaten die Forderungen der Beamenschaft unterbreiten.

Bundesstaaten und Schiffsabgaben.

In unterrichteten parlamentarischen Kreisen werden jetzt, wie der „Inf.“ mitgeteilt wird, die Ansichten Preußens bezüglich des Ausfalls der beabsichtigten „authentischen Interpretation“ wegen Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen günstig beurteilt. Minister Breitenbach hat sich kürzlich auch privatim in diesem Sinne zu Parlamentariern geäußert. Die Verhandlungen mit den einzelnen Staaten, die Preußen seit einiger Zeit führt, lassen jetzt den Schluß zu, daß alle an den Mündungen der großen Ströme und an der Rüste gelegenen Staaten — der Standpunkt Hamburg ist noch unsicher — sich Preußen anschließen werden. Als nicht ungun-

Etwaß von der Ausbreitung der Samen.

Von Friedrich Zimmermann.

(Schluß.)

Wenn man einen Wind in die Pflanzenwelt wirft, so kann man viele verschiedene Arten beobachten, auf welche Weise die Gewächse ihre reifen Samen austreuen. Die Früchte der Nieswurz öffnen sich nur auf einer Seite durch eine lange Spalte. Die Hölzer der Leffnung tragen die Samenkörner, welche sich jetzt lockern und auf die Erde fallen. Die Frucht der Bohne, der Erbsen, der Wicke öffnen sich an der Rückseite und an der Bauchseite durch zwei Spalten. Die Leinölse hat Früchte, die sich mit 4 Klappen von oben nach unten öffnen und lassen die Samenwand, welche die Samen tragen, stehen. Die Frucht des bekannten Weizenkrautes öffnet seine Kapself, indem sich oben ein kleiner Deckel abblät und so den Samen den Austritt gestattet. — Bei unsrer Getreidekörnern und bei dem Weizen öffnet sich die Frucht nicht; die Samen sind von einer trockenen, schalenartigen Hülle eingeschlossen und aus diesem Grunde muß der Reis und die Sappengerste erst geschrotet werden, bevor man sie essen kann. Das was wir als Weizen, Gerste und Hafer nennen, sind Früchte und keine Körner. Bei allen diesen Pflanzen fallen die Samenkörner, wenn sie aus ihrer schalenartigen Hülle heraustrreten, in die unmittelbare Nähe der Mutterpflanze und keimen zur bestimmtem Zeit. In Südamerika findet man die wilde Gurke, sobald die Samen zur Reife gelangt sind, löst sich allmählich der harte Fruchtschale von der Frucht los; es entleert dadurch eine runde Leffnung, durch welche man die Samenkörner mit großer Leichtigkeit herausgeschleudert werden. Die fleischige Masse, in welche die Samenkörner eingebettet sind, zieht sich wie ein Gummi zusammen und bewirkt diese merkwürdige Samen-ausstreuung. Auf diese Weise gelangen die Samen in größere

Entfernung von der alten Pflanze und finden dort leichter Gelegenheit zu keimen und zu wachsen. Man kann diese Erscheinung selbst hervorrufen, indem man die Frucht losschneidet und dann den Stiel abdrückt oder indem man die Wurzeln der Frucht künstlich öffnet. Die Früchte der bekannten Gartenbalsamine öffnen plötzlich ihre Fruchtklappen, rollt sie schnell auf und durch diese rasche Bewegung werden die Samenkörner ziemlich weit fortgeschleudert. In unseren Wäldern des Oberrheins findet man an den Bächen die wilde, gelbbüchende Balsamine und sie hat deshalb den Namen „Wähe mich nicht an“ (Noli me tangere) erhalten, weil sie schon bei der leisesten Berührung sofort die Kapself öffnet und die Körner in der ganzen Umgebung ausst. In der Gegend von Darmstadt wird der sogenannte Klingeln angebauet; wenn sich hier die Kapself öffnen, so entsteht ein heftiges Geräusch, das man in einem reifen Blachselbe bei warmer Temperatur ganz gut beobachten und hören kann. Die Früchte der Wolfsmilch-arten schleudern ihre Samen bei gehöriger Ausbreitung ebenfalls weit fort, aber ohne jedes Geräusch. Die Winde sind mächtige Triebkräfte für die Ausfaat vieler Samenkörner. Jedermann kann beobachten, wie leicht sich Mauern und Dächer, stehle Bellen u. s. w. reich mit Pflanzen beleben, ohne daß man weiß, woher die Samenkörner gekommen sind. Die Flechten, die Moose, die Steinbrockarten, welche an solchen Orten zuerst auftreten, werden in ihrem Samen von dem Winde hingetragen. Auch auf alten Mauern haben sich oft in der Doherde der Stämme andere Pflanzen angehebelt, die ihr Verkommen hoch in der Luft ebenfalls der Tragkraft des Windes verdanken. So trifft man oft ganze Pflanzenkolonien auf den Trümmern unserer Burgruinen an. Der Regen der sogenannten Wonnerechte hat schon oft die Bewohner von Persien und des Morgenlandes in Verwunderung gesetzt und auch des Manns, welches die Jassakiten auf dem Nilufer aus Ägypten vor dem Hunger schätzte, war durch den Wind aus der arabischen Wüste von der Erde gehoben und in weiter Ferne wieder auf den Boden nieder-

gelegt worden. Der französische Naturforscher Perrot hat Exemplare einer Flechte mitgebracht, die im Jahre 1838 in Persien nach einem Orkan auf den Boden fiel und denselben mit einer 1/2 Zentimeter hohen Schicht bedeckte. Um nun aber dem Luftstrom die Arbeit des Samenansatzes zu erleichtern, haben viele Früchte und Körner flügelartige Gebilde erzeugt, die nun wie eine Art Fallschirm wirken und so die Ausfaat auf weite Strecken ermöglichen. Wenn unsere Leinölspänen reif geworden sind, so öffnen sich die schuppigen Deckblätter, welche vorher die Samenkörner sorgfältig beschützt haben. Die Körner sollen nun heraus, sind aber mit einem dünnen, häutigen Häutchen versehen. Im Falle drehen sie sich um sich selbst und kommt nun noch die Kraft des Windes hinzu, so werden sie oft weit fortgetragen und man sieht junge Leinölspänen häufig keimen, wo der Mensch niemals ein Samenorn hingetan hat. Aus diesem Grunde sind im Schwarzwald und in den Alpen viel für den Menschen vollständig unzugängliche Stellen mit grünen Leinölspänen besetzt und bilden einen so reizenden Schmutz der Landschaft. Auch die Früchte unserer Ahornarten haben flügelartige Gebilde und so werden von der Natur sorgfältig dafür gesorgt, daß Pflanzenkeime, ob sie Stellen mit Gewächsen belebt werden. Sehr bekannt sind die Samen vieler Korbblütler, durch die mit Flugapparaten versehenen Früchte und unsere Kinder machen sich oft im Frühjahr das Vergnügen, die Samenköpfe des bekannten Löwenohrs auszublasen und unter durchfliegen diese Samen die Luft, bis sie der Zufall irgend wo auf die Erde fallen läßt. Auf diese Weise ist es auch erklärlich, daß sich eine Pflanze in wenig Jahren über ganze Länder ausbreiten kann, wie es mit dem kanadischen Brennstrauch der Fall war. Im Jahre 1800 wurde in Frankreich das erste Grendlar entbedt; der Same soll durch einen ausgehopten Vogel nach Europa gekommen sein. Im Jahre 1806 war diese Pflanze schon über ganz Frankreich verbreitet und heute zählt sie zu den gemeinsten Gewächsen unseres Kontinents und in unserer Zeit vereicht kein Jahr, in welchem nicht bei uns Pflan-

men die Gegner der Abgaben gelten nach wie vor bestimmt Baden, Hessen, Sachsen und Anhalt, welche Staaten zusammen über 10 Stimmen im Bundesrat verfügen. Von den thüringischen Staaten soll sich Sachsen-Altenburg noch ablehnend verhalten. Im allgemeinen hat man aber Grund zu der Annahme, daß bei der Abstimmung im Bundesrate der preussische Standpunkt mit geringer Majorität siegen wird, da vermutlich vierzehn gegnerische Stimmen nicht aufgebracht werden können.

Das Reichsgericht und der „Schandjüden-Artikel“.

Das Reichsgericht hat, wie gestern gemeldet wurde, die Revision des „Genossen“ Hans Markwald von der „Königsberger Volkszeitung“, der wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Remeler Denkmalskomitees (Schandjüden-Artikel) am 1. Januar zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, verworfen. In der Begründung dieses Erkenntnisses heißt es nach dem „Vorw.“:

Die Auslegung der beiden Artikel durch das Landgericht sei auch für das Reichsgericht maßgebend. Festgestellt sei danach als Sinn der Artikel, daß die Errichtung eines Denkmals für die Schmach des Staates erfolgt sei, nicht nur für eine Aufführung, daß im weiteren Sinne der Vorwurf einer Schandtat gemacht sei und daß der Artikel den Zweck verfolge, die ganze Veranlassung der Denkmalserrichtung sowie alle Teilnehmer und Förderer zu schmähen und herabzumärdigen. Der geschmäht werden sollte, mußte allerdings aus den Artikeln den Lesern erkennbar sein. Diese Erkennbarkeit ist aber tatsächlich festzustellen in Bezug auf die Person des Kaisers ohne Rechtsverletzung und ohne Widerspruch. Die mündlichen Ausführungen des Verteidigers verwechselten den Begriff der abschätzigen Kritik mit dem Begriff der Verleumdung. Mit Recht ist auch eine Selbstmündigkeit jeder der beiden Einzelhandlungen angenommen worden. Das Reichsgericht vom 7. Februar 1908 war nicht anwendbar, weil es erst nach Erlass der angefochtenen Entscheidung in Kraft getreten ist.

Die Strafe ist hart, aber gerecht. Es muß auch die Sozialdemokratie allmählich dazu gebracht werden, die Grenzen zu beobachten, wo die Kritik aufhört und die Beschimpfung anfängt.

Deutsches Reich.

— (Das wegen der Veröffentlichung erdichteter Briefe Kaiser Wilhelm's) und des Vorfalls Amesdamm gegen die Zeitschrift „März“ eingeleitete Ermittlungsverfahren auf großen Unfug ist nach einer Meldung der „Magdeburger Zeitung“ aus München wegen Mangels an strafrechtlichen Uebertührungsbeweisen am Mittwoch eingestellt worden.

— (Die Mitarbeit der katholischen Geistlichen) an nichtkatholischen Zeitungen und Zeitschriften ohne bischöfliche Erlaubnis ist von dem Bischof von Rottenburg (Württemberg) nach Vorgang der bayerischen Bischöfe sämtlichen Geistlichen durch einen Erlass verboten worden.

— (Die Krawallprozesse.) Am nächsten Dienstag wird in Berlin ein neuer großer Demonstrationenprozess beginnen. Dieser Prozess wird, wie der jetzige, vor derselben ersten Strafkammer am Landgericht I unter Vorsitz des Sondergerichtsdirektors Blandmeier verhandelt. Die Anklage betrifft die Wahlrechtsdemonstrationen vom 10. und 12. Januar d. J. Es sind 19 Personen wegen Auftrübs, Widerstand und Beamtenebeleidigung angeklagt. Als Zeugen sind u. a. wieder zahlreiche Polizeibeamten geladen.

Badische Politik.

In Freiburg feiert der im 76. Lebensjahr stehende General der Infanterie z. D. Frhr. v. Rödler am 11. April den 60. Jahrestag seines Eintritts in die Armee. Vom Jahre 1886 an befehligte er die dritte Division und wurde im Jahre 1891 zur Disposition gestellt. Von da ab entfaltete er im Präsidium des badischen Militärvereins eine hervorragende und besonders verdienstvolle Tätigkeit. Vom Jahre 1892 ab war er zehn Jahre lang Präsident des Verbandes, während welcher Zeit die Zahl der Militärvereine um 308 und die Zahl der Mitglieder um über 51 000 gestiegen ist, so daß bei seinem Rücktritt der Verband 1896 Vereine mit 117 753 Mitgliedern zählte. Der verdienstvolle Großherzog, der ihm in besonderer Weise sein Wohlwollen stets bewies, ergötzt aus den fernsten Ländern gefunden werden, ohne daß man immer nachweisen kann, wie diese zu uns gekommen sind!

Der direkte Nutzen dieser Schleuder-, Sprig- und Sprungbewegungen bei den sich entleerenden reifen Früchten ist leicht zu erkennen. Während zahllose andere Pflanzen ihre reifen Samen mit behäuterten Flugapparaten oder mit Stacheln, Haken, Klebstoffen usw. ausrüsten, um sie auf den Flügeln des Windes, oder am Hoorleib der Tiere, oder am Schnabel der beerenressenden Vögel nach allen Himmelsgegenen verschleppen zu lassen, sind die oben genannten Pflanzen in der Ausstattung der einzelnen Samen ökonomischer zu Werke gegangen. Die mütterliche Pflanze besorgt selbst die notwendige Ausaat in der Ferne. Sterbend wendet sie ihre letzte Kraft dazu an, ihre eigenen Kinder, d. h. die in den reifen Samen verborgenen Keimlingschen samt ihrer Umhüllung hinauszumwerfen auf das Feld des Daseinskampfes, wo sie — fern von der Mutter — leichter gedeihen können, als in ihrer nächsten Nähe, weil hier sehr oft dem Boden die nötigen Stoffe schon entzogen sind. Indem die Mutter ihre Kinder von sich weist, hat sie ihnen aber in den Samen die für die erste Lebensperiode nötigen Bildungstoffe angesammelt und viele Eltern, die ihre Kinder mittellos in die Ferne senden, könnten an diesem Vorgange ein lehrreiches Beispiel nehmen.

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle für Frauenberufe

L. 12, 13 3. Stod.

Sprechstunde: Mittwoch von 10—11.

Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim

Die Vereinsmitglieder werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß sie durch Vermittlung des Vorstandes wiederum Ödortorten für die öffentlichen Vorlesungen der Handelshochschule zu ermäßigtem Preise beziehen können. (Siehe Inserat.)

Die beiden jüngsten Mitgliederversammlungen brachten zwei Vorträge, die auf ganz verschiedenem Gebiet lagen. In der ersten, am 8. März, gab Fräulein Charlotte Köhler, Deutschlehrerin an der hiesigen Volkshochschule, ein weitverbreitetes

nannte ihn bei seinem Rücktritt vom Präsidium zum Ehrenpräsidenten.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 10. April 1908.

Zur Beratung des städtischen Budgets.

V.

Gestern begann die Beratung der Ausgabe-Positionen, die voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen wird. Zunächst regnete es eine ganze Anzahl von Wünschen und Beschwerden über die Herstellung, Unterhaltung und Verpflanzung von Straßen und Wegen in den verschiedenen Stadtteilen. Die meisten Ansprüche erhoben die Vertreter der Vororte oder wie man diese jetzt nennen soll, der Stadtteile Waldhof, Käfertal und Rodarau. Seit der Einverleibung dieser Vororte besteht ein steter Kampf zwischen der Stadtverwaltung und den Vertretern der Bewohner dieser drei Stadtgebiete. Unsere Mitbürger in Käfertal, Waldhof und Rodarau fühlen sich als Großstädter und wollen als solche behandelt sein. Sie haben nicht unrecht. Wenn sie in den früheren einfachen Verhältnissen hätten bleiben wollen, wäre für sie ja eine Einverleibung unnötig gewesen. Nachdem sie nunmehr aber Mannheimer geworden sind, und alle Kosten, die die Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens mit sich bringt, tragen müssen, kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie auch an den Vorteilen und Annehmlichkeiten dieser werdenden Großstadt teilnehmen wollen. Die Stadtverwaltung ihrerseits sucht soviel wie möglich zu bremsen und sie glaubt das beste Abwehrmittel gegen die aus den einverleibten Stadtteilen kommenden Ansprüche in dem Nachweis zu finden, daß die heutigen Leistungen der Stadt die bei der Einverleibung hierfür festgesetzten Grenzen weit übersteigen. Wir meinen, daß solche Nachweise irreführend sind, da sie sich auf veralteten und überholten Grundlagen aufbauen. Die Zeiten sind andere geworden und die Anforderungen sind gestiegen. Was man heute in der Altstadt für selbstverständlich erachtet, ist vor 10 Jahren als ein Luxus und als überflüssig betrachtet worden. Genau so liegen die Dinge in den einverleibten Stadtteilen. Die Entwicklung hat dort ganz unerwartete Dimensionen angenommen und es wäre ungerecht, diese Entwicklung mit veraltetem Maße messen und nach diesem die Befriedigung der sich stetig steigenden Bedürfnisse vornehmen zu wollen. Es ist ein gesundes frisches Leben, das in unseren einverleibten Stadtteilen pulsiert und man kann sich nur freuen über die Frische und Entschiedenheit, mit der die Vertreter von Rodarau, Käfertal und Waldhof sich der Interessen der einverleibten Stadtteile annehmen. Würden sie dies nicht tun, so machten sie sich einfach einer Pflichtverletzung schuldig. Auch würde es wohl etwas schlimm in den einverleibten Stadtteilen, wenn ihre Vertreter in den städtischen Kollegien nicht fortgesetzt kräftig auftreten würden. Auch hier gilt das bekannte Wort, daß derjenige am besten fährt, der am meisten spricht.

Auch die für unsere Stadt so brennende Frage der Schaffung von Kinderspielflächen wurde eingehend erörtert. Hier ist in Mannheim noch sehr vieles zu tun. Obgleich seit Jahren die Redner aller Fraktionen bei den Budgetberatungen stets und ständig auf die zwingende Notwendigkeit der Schaffung genügender Kinderspielfläche hingewiesen haben, ist diese Frage bis jetzt von der Stadtverwaltung sehr dilatorisch behandelt worden. Möge hier bald ein frischer Wind einziehen.

Wie sehr der Waldpark den Mannheimern ans Herz gewachsen ist, bewiesen die verschiedenen Wünsche und Anregungen, die aus den Kreisen des Bürgerausschusses über die in dem Waldpark anzubringenden Verbesserungen und Verschönerungen geäußert wurden. Leider scheint nach den Erklärungen des Herrn Bürgermeister Martin die Verwirklichung des Projektes der Errichtung einer Waldhütte in noch ziemlich weiter Ferne zu liegen, denn es soll erst die Befestigung des Gieges und die Sicherung des Waldes, von welchen beiden Maßnahmen man eine

Referat über die Frage der Errichtung eines Lehrerinnen-Seminars. Nachdem die Referentin die Notwendigkeit der Errichtung eines Seminars in Mannheim nachgewiesen hatte, präferierte sie die Wünsche der Lehrerinnen in Betreff der Organisation dieser Anstalt. Vor allem sei zu fordern, daß das Seminar den Charakter einer ganz selbstständigen Versuchsschule erhalte. Unsere hiesige Höhere Mädchenschule, die mit der bereits angegliederten Oberrealschulabteilung 20 Klassen mit nahezu 1000 Schülerinnen umfaßt, dürfte eine weitere Belastung ohnedies nicht ohne Schaden ertragen. Das Seminar hat sich, als Fachschule, ganz andere Ziele zu setzen als die Höhere Mädchenschule; daher entspricht eine Verbindung beider Schulgattungen weder den Interessen der einen noch der anderen Anstalt. Sie wird immer nur als Notbehelf zu betrachten sein.

Im Hinblick auf die Mängel der auf die Höhere Mädchenschule aufgebauten Seminarkurse haben die badischen Lehrerinnen schon vor Jahren bei der Regierung beantragt, die in Heidelberg und Freiburg bestehenden Kurse in selbständige Seminare umzuwandeln.

Es wäre überhaupt zu wünschen, daß die Gründung von Lehrerinnen-Seminaren nicht länger der Initiative der Gemeinden überlassen bliebe — daß der Staat, der von jeher die Lehrerbildung selbst in die Hand genommen hat, der Heranbildung von Lehrerinnen die gleiche Fürsorge widmete. Lehrer und Lehrerinnen sind in der Schule zur gleichen Arbeitsleistung berufen; also sollte auch ihre Anstellung zum Amte die gleiche sein.

Die Garantie, daß alle Lehrkräfte eine einheitliche Ausbildung erhalten, wäre gegeben durch eine koordinative Organisation des Seminars.

Da auch die Errichtung eines Lehrer-Seminars in unserer Stadt verlangt wird, so wäre mit einem gemeinsamen Seminar für beide Geschlechter allen Wünschen Rechnung getragen. Nachdem die Koordination sich in den badischen Mittelschulen bereits bewährt hat, nachdem die Schulen, die der Berufsbildung dienen — Gewerkschulen, Handelsschulen, Universitäten — beiden Geschlechtern geöffnet sind, wäre für unser fortschrittliches Land auch die Zeit gekommen, die Lernenden, die Lehrende werden wollen, gemeinsame Wege der Vorbereitung zu fähren. In nachfolgenden Skizzen und in der Skizze hat man mit gemeinsamen

wirksame Bekämpfung der Schnakenplage erhofft, abgewartet werden. Hoffentlich schiebt man diese beiden Maßregeln nicht zu lange hinaus, damit die jetzt lebende Generation auch noch in den Genuß der Waldhütte treten kann. Wir erhoffen von diesem Projekte, wenn es großzügig durchgeführt wird, sehr viel für Mannheim und für die Erholung suchende Bevölkerung und können eigentlich nicht verstehen, warum man gerade derartige, für die Gesundheit der Bürger so bedeutungsvolle Projekte so weit hinausschiebt, so daß Jahr auf Jahr vergeht, ohne daß ihre Verwirklichung einen sichtbaren Schritt näher gerückt wäre. Bewußt ist es notwendig und sehr erwünscht, daß unseren Toten bei der Anlage eines Zentralfriedhofes eine möglichst idyllische Ruhestätte erfüllt wird, aber fast noch wichtiger blüht uns die Sorge für die Lebenden durch Schaffung von möglichst vielen Gelegenheiten zur Erholung und zur Stärkung des Geistes und des Körpers. Es ist eigentlich merkwürdig, daß der Bürgerausschuß vielfach über die unbedeutendsten und für die Entwicklung der Stadt einflußlosesten Dinge ungläublich lang debattiert, während man weittragenden, lebenswichtigen Angelegenheiten oft kein oder nur geringes Verständnis entgegenbringt.

Auf imponierender geistiger Höhe stand die Debatte bei der Beratung des die Aufwendungen für unser Schulwesen betreffenden Paragraphen der Ausgaben. Der hervorragende Leiter unseres städtischen Volksschulwesens, Herr Stadtschulrat Dr. Siedinger, entwickelte in einem mehr als einstündigen Vortrag ein ideales Volksschulprogramm und erwies sich hierbei wieder als der warmherzige und für alles Schöne und Edle begeisterte und begeisterte Menschen- und Kinderfreund, als bei ihm jeder ganz hiesigen verdienstvollen und erprießlichen Tätigkeit erweisen hat. In klaren Darlegungen gab er eine Schilderung der neuen, in den badischen Schulen zur Einführung gelangten Unterrichtsverfahren. Während die bisherige Lehrmethode den Kindern mehr eine passive Rolle zugewiesen hatte, so daß sie die Aufnehmenden und Empfangenden waren, sollen bei der neuen Methode die Kinder mehr zum Denken, zum Miterleben angehalten werden, also mehr aktiv sein. Wir können jedem Lehrer unserer Zeitung nur empfehlen, die großartigen, prächtigen Ausführungen unseres Herrn Stadtschulrats, die in dieser Nummer wörtlich zum Abdruck gelangen, eingehend zu studieren. Jeder wird beim Lesen dieser Rede einen hohen ästhetischen Genuß empfinden.

Von innerer Überzeugung getragen waren ferner die Worte des Herrn Stadtschulrats Dr. Siedinger, in denen er hinwies auf die voranschreitende Entwicklung unseres Schulwesens in der Zukunft. Er sah die gewisserrmaßen an die Tür, durch die der Weg in eine Periode völliger Umwälzung unserer ganzen bisherigen Anschauungen und Anschaffungen auf dem Gebiete der Veranbildung und Erziehung unserer Jugend geht. Als das zu erstrebende Ziel bezelchnete er die Öffnung aller Schulen für die Bildungsfähigen. Er verlangt, daß in Zukunft die Bildung nicht mehr künstlich sein und abhängig gemacht werden soll von dem Geldbeutel, sondern daß nur die Befähigung des Kindes als der einzige und alleinige Maßstab dafür gelten möge, welchen Bildungsgang es sich aneignen kann. Es war ein großes Fragezeichen, das Herr Stadtschulrat Dr. Siedinger über die heutigen Verhältnisse und deren Berechtigung setzte und jedem hierfür empfänglichen Zuhörer wird dieses Fragezeichen zu denken geben. Es ist ein herrliches erhabenes Ziel, das uns Herr Dr. Siedinger zeigte, wert der Mitarbeit der Besten unseres Volkes. Ob dieses Ziel noch in weiter Ferne liegende Ziel wohl jemals erreicht werden wird?

Herr Stadtschulrat Dr. Siedinger trat endlich für die Einführung der Lehrmittelfreiheit ein. Er suchte alle Bedenken zu zerstreuen, die gegen diese Maßregel vorgebracht werden. Die Einführung der Lehrmittelfreiheit kann wohl als eine unmittelbare bevorstehende Maßnahme betrachtet werden, denn der Bürgerausschuß ist in seiner Mehrheit dafür, den Kindern in Zukunft die nötigen Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Und wenn dann die von Herrn Stadtschulrat Dr. Siedinger gegebenen Winke, wie den hiesigen Schulmaterialien-

staatlichen Seminaren seit Jahren die besten Erfahrungen gemacht. In Mannheim wären zu einem gemeinsamen Seminar die Vorbedingungen gegeben vor allem damit, daß hier Knaben und Mädchen schon die Vorbereitung zum Seminar gemeinsam in den gleichen Schulen erwerben könnten.

An die Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Diskussion an, die insofern zu einer prinzipiellen Stellungnahme führte, als allgemein die Ansicht zum Ausdruck kam, daß das Seminar als Anhängel der Höheren Mädchenschule nicht allen zu stellenden Anforderungen entsprechen kann.

Am gleichen Tag, an dem die Besprechung der Seminarfrage im Verein Frauenbildung-Frauenstudium angehängelt wurde, trat bekanntlich eine ministerielle Entscheidung ein, die die Angliederung von Seminarabteilungen an die hiesige Höhere Mädchenschule nach dem Vorbild von Heidelberg und Freiburg allerdings unter einigen Vorbehalt genehmigte. Der Verein sah davon ab, jetzt Schritte in dieser Frage zu tun, besonders da die Kurse für die nächsten zwei Jahre nur als Probekurse zu betrachten sind. Wie sich die Organisation der Anstalt in Zukunft gestalten wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Jedenfalls sollte an dem Grundsatze festgehalten werden, daß nur die selbständige Versuchsschule, die einzig und allein das künftige Arbeitsgebiet der Fachschule, die einschlägigen hat, eine vollwertige Vorbereitung für die Berufswelt geben kann. Möge daher die jetzt geplante Einrichtung nur ein Durchgangsstadium sein zu dem Vollkommenen, das im Interesse der Schule wie im Interesse des Lehrereinstandes zu erstreben ist.

Die Mitgliederversammlung vom 8. April brachte einen sehr gut besuchten Vortrag des Vereinsmitgliedes Frau Ida Brüning über das Thema: „Der Weg zum Glück“. Die Rednerin gab mit Wärme und tiefer Entschlossenheit die Anschauungen wieder, die sie selbst durch eigenes Erleben erlangt hat. Die Quintessenz ihrer Ausführungen war, daß der Mensch das Glück in seiner eigenen Hand suchen müsse. Wer seine Lebensaufgaben bekämpft, wer selbst Leid, Mühsal, Klagsucht und Kleinliche Vorurteile, der ehret dem Glück den Weg; wer sich aber innerlich frei macht, wer seinen Willensfreiheit, seinen Freunden Liebe gibt und wer von ihnen wieder Liebe empfängt, der ist am ehesten glücklich, denn Liebe ist der größte Glückseligkeit.

händlern bei der Einführung der Lehrmittelfreiheit die feisigeren Bezüge nach Möglichkeit zu sichern, befolgt werden, dürfte auch der bisherige berechtigter Widerstand der Schulmaterialienhändler hinwiegend werden, denn diesen kann es einerlei sein, ob sie das Geld einzeln von den Kindern oder im Großen von der Stadtasse erhalten.

Stadtschulrat Dr. Sädinger zum Voranschlag der Volksschule.

Meine Herren! Der Aufwand für unser Volksschulwesen ist gestiegen von M. 2538 015 (Jahr 1907) auf 3 024 161 (1908), also um die Summe von M. 486 146. 1906 hat die Steigerung M. 291 784 betragen, 1907 M. 199 941. Wie ist diese beträchtliche Steigerung der Volksschulkosten pro 1908 zu erklären? Zum kleinsten Teil durch die auf Ostern 1908 zu erwartende reguläre Schülervermehrung, zum größeren Teil durch den Umstand, daß die auf Ostern 1904, 1905 und 1906 notwendig gewordenen Lokale damals nicht erstellt worden waren, sondern jetzt erst durch Eröffnung der Humboldtschule (Dezember 1907) und der Schüllerschule (Ostern 1908) der Schulleitung zur Verfügung stehen. Das Volksschulbudget pro 1908 wird also durch Ausgaben belastet, die eigentlich schon auf das Konto der Jahre 1904—1907 hätten kommen sollen. Die finanziellen Ersparnisse, die durch Nichterstellung der damals erforderlich gewordenen Lokale bewirkt wurden, sind allerdings vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus fragwürdiger Natur. Denn die Nichterstellung der Lokale hatte die Kombination der Klassen 3 und 4 in den Jahren 1904—1907, also eine Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen und damit auch der Unterrichtserfolge für die betreffenden Jahrgänge zur unausbleiblichen Folge. Erfolgreicherweise ist die Kombination der Klassen seit Bezug der Humboldtschule auf die beiden unteren Klassen beschränkt und bleibt zufolge Bezugs der Schüllerschule auf Ostern 1908 auf diese beiden Klassen beschränkt, unter der Bedingung, daß auf Ostern 1910 wieder weitere Lokale zur Verfügung stehen werden. Wie Ihnen bekannt, sollten die auf Ostern 1910 erforderlich werdenden Lokale durch einen Neisebau von 52 Klassenlokalen unmittelbar hinter der Rossfäule gewonnen werden. Die Vorlage wurde jedoch vom Bürgerausschuß am 10. Dezember 1907 an eine gemischte Kommission verwiesen und alsdann aus schultechnischen und gesundheitspolizeilichen Gründen am 18. Dezember 1907 in dieser begeben. Die tatsächlichen Bedürfnisse ergaben, daß anstatt eines Doppelschulhauses in der Schwefingerstadt einerseits ein einfaches Schulhaus mit 26 Lokalen für den auf Ostern 1910 in der Redarstadt zu erwartenden Zuwachs, andererseits ein einfaches Schulhaus mit 26 Lokalen in der Schwefingerstadt auf Ostern 1910 zu erbauen sei. Es muß leider konstatiert werden, daß die Pläne dieser zwei auf Ostern 1910, also von heute an in 2 Jahren zu beziehenden einfachen Schulhäuser noch nicht vorgelegt wurden, obgleich nunmehr schon über ein Vierteljahr seit Ablehnung des Doppelbaues verstrichen ist. Während die beiden Häuser auf Ostern 1910 nicht bezugsfertig sein, so müßten wieder die Klassen 3 und 4 kombiniert werden, d. h. anstatt vorwärts, würden sich unsere Schulverhältnisse rückwärts entwickeln. Der Stadtrat wird deshalb dringend ersucht, umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß auf Ostern 1910, also auf ein und denselben Zeitpunkt, nicht bloß im Norden, sondern auch im Süden der Stadt je ein einfaches Schulhaus bezugsfertig bereit steht.

Von der rechtzeitigen Erstellung der beiden Schulhäuser auf Ostern 1910 hängt es auch ab, ob die neue Schulbezirkseinteilung, die auf Ostern 1908 in Kraft tritt, aufrecht erhalten werden kann. Worin besteht nun die Eigenart der neuen Einteilung? Vor Fertigstellung der Humboldtschule und der Schüllerschule mußten mangels der erforderlichen Lokale viele Schüler in einem Schulhaus außerhalb ihres Wohnbezirks untergebracht werden, was begreiflicherweise manche Unzutunlichkeiten für Schule und Haus zur Folge hatte. Nachdem nunmehr die genügende Anzahl neuer Lokale erstellt ist, wird von Ostern 1908 an der Einweisung der Schüler in der Altstadt folgende Einteilung in Schulbezirke und Schulbezirke zugrunde gelegt werden: 1. Distrikt, innere Stadt, umfassend 1. Wohnbezirk, L- und R-Schule, 2. Wohnbezirk, Friedrichschule, 3. Wohnbezirk K 5-Schulen, 11. Distrikt, Redarstadt, umfassend 4. Wohnbezirk, Redarschule und Hildaschule, 5. Wohnbezirk, Humboldtschule, 6. Wohnbezirk, Wohlgelegenenschule, 111. Distrikt, Schwefingerstadt und Lindenhof, umfassend 7. Wohnbezirk, Luisenschule, 8. Wohnbezirk, Rossfäule, 9. Wohnbezirk, Schüllerschule, 10. Wohnbezirk, Lindenhofschule. Diese naturgemäße Einschulung der Schülermassen kann von der Schulleitung auf die Dauer nur eingehalten werden, wenn für den alljährlichen Schülerzuwachs (ca. 800 bis 1000 Köpfe) in den beiden Stadtteilen, wo die Bevölkerungsdichte am stärksten ist, in der Redarstadt und in der Schwefingerstadt mit Lindenhof, auf die jeweiligen Ostertermine die erforderlichen Lokale bereit stehen. Zu diesem Behufe müssen nach dem Vorgang anderer Städte für eine Reihe von Jahren hinaus planmäßig geeignete Plätze für Schulbauten in den beiden Stadtteilen reserviert werden.

Was die Erstellung der Schulhäuser an sich anbetrifft, so sei auch bei diesem Anlaß in Uebereinstimmung mit Anschauungen, wie sie bei der Voranschlagsberatung in Karlsruhe und Heidelberg zum Ausdruck kamen, betont, daß für Schulhausneubauten zweckmäßige Einrichtung des Innern und Einfachheit der äußeren Gestaltung als leitende Gesichtspunkte zu gelten haben.

Im inneren Schulbetrieb treten auf Ostern 1908 zufolge Einführung des von dem Großh. Oberschulrat für sämtliche badischen Volksschulen neu herausgegebenen Unterrichtsplan verschiedene Neuerungen ein, deren Kenntnis für die Vertreter der Bürgerschaft gewiß von Interesse sein wird. Ich werde deshalb die einzelnen Punkte in Kürze besprechen.

Der bisher dem Unterricht der badischen Volksschulen zugrunde liegende Lehrplan datiert aus dem Jahre 1869. Er war also nahezu 40 Jahre in Kraft und hätte entsprechend den durch die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte bedingten Forderungen des Lebens und gemäß den in diesem langen Zeitraum geläuterten pädagogischen Anschauungen schon viel früher einer Revision unterzogen werden müssen. Der neue Unterrichtsplan bedeutet trotz mancher offensichtlichen Mängel, die ihm anhaften, unzweifelhaft ein Fortschritt, auch für die Mannheimer Volksschule. Er sucht durch entsprechende methodische Maßnahmen die Ergebnisse im Aufsatz, Rech-

Schön schreiben zu bessern, zugleich aber auch den Unterricht in allen Lehrgegenständen zu vertiefen und für die Kinder anschaulicher, fesselnder und dadurch für Kopf, Herz und Wille wirksamer zu machen. Während der herkömmliche Unterricht sich als planmäßige Mitteilung von Kenntnissen und Fertigkeiten kennzeichnet, wobei das Kind vorwiegend aufnehmend, passiv sich verhielt und das Buchwissen die Hauptrolle spielte, soll der Unterricht künftighin den natürlichen Bedürfnissen und Entwicklungsstufen des kindlichen Geistes entsprechend mehr und mehr werden eine planmäßige Anleitung zum Erleben und Erwerben von Kenntnissen (Erkenntnissen und Fertigkeiten durch schöpferische Betätigung des Kindes).

Die Schule soll den Kindern nicht nur eine Stätte des Zuhörens, Zusehens, Memorierens, sondern hauptsächlich eine Stätte des Beobachtens, Forschens, des Selbsttuns sein. Zum Lernen aus den gedruckten Büchern soll treten das Lernen aus dem Buche der Natur (der näheren und weiteren Heimat des Kindes), das Lernen durch Schaffen, durch ausgiebige Übung von Auge und Hand zum Zweck der Befreiung und Bildung der produktiven Kräfte, auf deren Nahrung unser Volk im Zeitalter des Wettbewerbs mit anderen Nationen mit allen Mitteln bedacht sein muß.

Eine klare Vorstellung dieser neueren Bestrebungen im Schulunterricht werden diejenigen von Ihnen gewonnen haben, welche unsere Ausstellung von Schülerarbeiten (Zeichnungen und Erzeugnissen des Handfertigkeitsunterrichts) in der Turnhalle K 8 besuchten. Das Charakteristische der heutigen Art des Zeichnens hat kein geringeres als Prof. Hans Thoma am 20. März 1908 in der I. Kammer mit ungefähre folgenden Worten herausgehoben: „Jetzt geht das Bemühen der Zeichner nicht mehr dahin, den Zeichenunterricht als eine mechanische Handgewohnheit zu einer gewissen Sauberkeit und Genauigkeit zu betrachten, sondern jetzt kann das Zeichnen in der Schule für die Kinder eine geistige Disziplin werden, die dazu beitragen kann, die Intelligenz und die Aufmerksamkeit des Kindes zu wecken. Jetzt machen die Lehrer gleich den Versuch, die Kinder nach Naturgegenständen, ja vielleicht sogar aus dem Erinnerungsbild zeichnen zu lassen. Die Lehrer schreiben nicht allzu viel vor, wie es gemacht werden muß, und das Kind muß dem Gegenstand gegenüber denken lernen, wie kann ich mit dem mir zur Verfügung stehenden Handstrich ein Bild gestalten, das ungefähre das darstellt, was ich sehe, und sogar auch das, was ich mir vorstelle. Dies regt zum Denken an. Deshalb brauchen ja die Kinder nicht zu Künstlern erzogen zu werden, aber in jedem Beruf des gewöhnlichen Lebens ist die Fingigkeit, die durch die Erziehung des Auges zur Aufmerksamkeit gefördert wird, von großer Wichtigkeit. So betrachte ich den Zeichenunterricht sehr gern als eine Erziehung und Ausbildung des Auges, und wo diese Erziehung fortschreitet bis zur Wahrnehmung der Schönheit, so ist sie nicht mehr weit von der Kunst entfernt. Das Bemühen der Kinder, etwas nach der Natur zu zeichnen, mag noch so ungeschickt sein, so hat es doch mehr Bedeutung als das noch so korrekte Abzeichnen einer glatten Vorlage. Denn nicht die Resultate sollen etwas sein, sondern die sich daraus entwickelnde Selbsttätigkeit. Und so könnte, wenn ich als Idealist sprechen darf, mit dem Zeichenunterricht zugleich eine Art von Erziehung zur Individualität eingeleitet werden. Die Großh. Regierung möge deshalb die Zeichner in ihrem schönen Bemühen, die Erziehung des Auges für das Volk segnen und ausbreitend zu machen, wohlwollend unterstützen; denn die Zeichenschule ist zu einem wichtigen Zweig der Volksschule geworden.“ So Hans Thoma über die Bedeutung unseres heutigen Zeichenunterrichts. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß sowohl die Schulkommission als auch der Stadtrat in Anerkennung der Vorteile eines derartigen frühbringenden Zeichenunterrichts alle dahingehenden Anträge der Schulleitung, die den Zeichenunterricht betreffen, genehmigt haben. Insbesondere sei dankend hervorgehoben, daß von Ostern 1908 an für die guten und sehr guten Zeichner der Knabenklassen 6—8 in allen Schulhäusern unentgeltliche Fortbildungskurse im Zeichnen eingerichtet werden.

Eine wirksame Ergänzung der zeichnerischen Darstellungs- und Ausdrucksfähigkeit ist die plastische Darstellungskunst, wie sie in unserer Knabenarbeitschule, einer Neben-einrichtung unserer Volksschule, gepflegt wird; mit welchem Erfolg, das hat die bereits erwähnte Ausstellung der Schülerarbeiten mit ihren mannigfaltigen Erzeugnissen in Papier, Holz, Ton und Metall den Besuchern klar gezeigt. Unsere Knabenarbeitschule hat sich dank der Liberalität der städtischen Behörde aus kleinen Anfängen in sehr befriedigender Weise entwickelt. Während sie noch vor 10 Jahren nur 80 Schüler umfaßte, arbeiten heute in unseren Schülerwerkstätten mehr denn 2000 Jungen mit rühmlichem Eifer und anerkennenswertem Geschick. Damit nun auf Ostern d. Js. die zahlreicheren neu hinzuzukommenden Redungen berücksichtigt werden können, müssen die in der Humboldtschule in Aussicht genommenen Werkstätten sämtlich fertig gestellt sein. Leider ist deren Herrichtung ins Stocken geraten. Ich möchte deshalb an den Stadtrat die Bitte richten, dem Hochbauamt umgehend die entsprechenden Weisungen zu erteilen. Auch die Mittelschulen unserer Stadt haben nunmehr alle, mit alleiniger Ausnahme des Realgymnasiums, dem Handfertigkeitsunterricht das Heimatrecht verliehen. Welche erzieherische Bedeutung dem Handfertigkeitsunterrichte innewohnt, das kommt u. a. in einer Resolution zum Ausdruck, welche der 18. Delegiertentag des Verbandes der Deutschen Kunstgewerbevereine am 22. März d. Js. in Hannover gefaßt hat, mit dem Wortlaut: „Die technische Arbeit ist eines der wichtigsten Erziehungsmittel auf allen Entwicklungsstufen des Menschengeschlechts gewesen und wird auch für jeden einzelnen Menschen die Bedeutung eines solchen behalten. Deshalb muß eine sorgfältige Ausbildung von Auge und Hand schon im Kindesalter durch technische Arbeiten (Handfertigkeitsunterricht) angestrebt und später auf allen Stufen der Erziehung fortgesetzt werden. Insbesondere sind die Vertreter von Kunst und Gewerbe von der Wichtigkeit dieser Forderung überzeugt, und ihr Delegiertentag beschließt, bei den maßgebenden Behörden dahin vorzutreten, daß der Handfertigkeitsunterricht ähnlich wie in den anderen Staaten in allen Schulen gefordert und womöglich obligatorisch eingeführt werde.“ Nun, diesem Ziel der obligatorischen Einführung des Handfertigkeitsunterrichts werden wir in Mannheim in Wäldern einen bedeutenden Schritt näher rücken. Da die meisten Kinder schon im vorerschulpflichtigen Alter eine aus-

gesprochene Neigung und ein oft geradezu überraschendes Geschick für das körperliche Formen zeigen, so wird entsprechend einer Anregung des neuen badischen Unterrichtsplanes in den 3 untersten Schuljahren unserer Volksschule künftighin in enger Anlehnung an den heimatkundlichen Sachunterricht zur Gewinnung kräftiger Anschauungen und klarer Vorstellungen nicht bloß wie bislang die sprachliche Ausdrucksfähigkeit, sondern auch die zeichnerische und plastische Darstellungsfähigkeit durch das Sagen, malende Zeichnen und durch das Formen in Ton geübt werden. Vom 4. Schuljahr an setzt dann einerseits der systematische Zeichenunterricht ein, andererseits der wahrfreie Unterricht in den Werkstätten mit Arbeiten in Papier, Holz, Metall und Plastik.

Das Streben des neuen Unterrichtsplanes, den Unterricht und das Schulleben naturgemäßer und jugendgemäßer zu gestalten, tritt auch in der stärkeren Betonung der Leibesübungen in die Erscheinung. Zunächst im eigentlichen Turnen, insofern von jetzt an auch in den Mädchenklassen der Turnunterricht mit 2 Wochenstunden schon im 4. Schuljahr (bisher 5. Schuljahr) einsetzt. Ein besonderes Verdienst um den anerkannt guten Stand des Turnens an der Mannheimer Volksschule, wie er bei dem großen Kinderpielfest auf der Rennwiese in die Erscheinung getreten ist, hat sich der hiesige Lehrerturnverein und die Turnvereinigung der Lehrerinnen erworben, indem sie jahrein, jahraus ihren Mitgliedern Gelegenheit bieten, sich in der wirksamen Erteilung des Turnunterrichts zu üben. Diesen beiden freien Vereinigungen für ihr emsiges Bemühen um die Verwirklichung des Schulturnens die verdiente Anerkennung auszusprechen, bietet die Ihnen unterbreitete Resolution Gelegenheit, in der beantragt wird, für die beiden Vereinigungen behufs Teilnahme an der diesjährigen badischen Turnlehrerverammlung in Konstanz, entsprechend dem Antrag der Schulkommission, die Summe von 800 Mark einzustellen. Da ich selbst Präsident des badischen Turnlehrervereins bin, kann ich Ihnen authentische Aufklärung darüber geben, daß es sich bei der Konstanzer Versammlung nicht um Lustbarkeiten handelt, sondern um eine vielstündige turnerische Arbeit der badischen Ortslehrervereine, und um turnerische Vorträge, die den Teilnehmern reiche Förderung für den eigenen Unterricht verschaffen, so daß die Teilnahme an der Versammlung direkt unseren Schülern zugute kommt. Es ist dankbar anzuerkennen, daß der Stadtrat beschlossen hat, alljährlich die Summe von 200 Mark zwecks Besuchs der Turnlehrerverfassungen in den Voranschlag einzustellen. Da dies aber für das laufende Jahr zum ersten Mal geschieht und der diesjährige Versammlungsort am anderen Ende des Bundes gelegen ist, wodurch die Reisekosten sehr erheblich gesteigert werden, kann nur der angegebene erhebliche Betrag den angestrebten Zweck in dem erwünschten Maß erfüllen.

Zu dem eigentlichen Turnen in 2 Wochenstunden, das sich mangels geeigneter freier Plätze bei den Schulhäusern zumeist in den geschlossenen Hallen vollziehen muß, soll nun aber von Ostern an das geregelte Jugendspiel im Freien treten. Schon im vorigen Jahre war, wie Ihnen bekannt ist, an den Mittelschulen und an der Volksschule, als Vorbereitung für das große Kinderpielfest, ein regelmäßiger Spielbetrieb eingerichtet. Dieser Spielbetrieb sollte der Verlauf des Kinderfestes haben in der Bürgerschaft und in der Lehrerschaft den Wunsch gestiftet, daß der Betrieb des Jugendspiels dem Tätigkeitsplan der öffentlichen Schulen dauernd einberleibt werde, weil nur auf diese Weise bei den großstädtlichen Verhältnissen in der heranwachsenden Jugend die Freude an kräftiger Körperbetätigung im Freien als wirksamstes Mittel gegen die Gefahren des Müßiggangs, des Alkohols, der sexuellen Ausschreitungen, der Tuberkulose und der nervösen Erkrankungen gewakt und rege erhalten werden kann. Welche Bedeutung der Großh. Oberschulrat und das Unterrichtsministerium der Einführung eines geregelten Spielbetriebs beilegt, erhebt aus einem Erlaß dieser Behörde vom vorigen Jahre, in dem den Vorständen der Schulen aufgetragen wird, möglichst weitgehende Maßnahmen für den Spielbetrieb zu treffen, mit der ausdrücklichen Betonung, daß der regelmäßige Besuch der Spielübungen durch 3 monatliche Jünglinge von besonderer Bedeutung wäre. Um Erfahrungen auf diesem Gebiete zu sammeln, wurde von den genannten staatlichen Behörden verfuhrsweise der verbindliche Befehl eines Spielnachmittags an 10 badischen Mittelschulen, u. a. auch am hiesigen Gymnasium und an der hiesigen Oberrealschule, angeordnet. Zugleich erging an die Gemeindeverwaltungen förmlicher Bah. Städte seitens der Oberschulbehörde das Ersuchen, es wolle den Lehranstalten in Beschaffung von Spielplätzen und Spieleinrichtungen mögliche Unterstützung gewährt werden. In Württemberg ist der verbindliche Spielbetrieb an den höheren Schulen bereits durchgeführt, in Pforzheim ist man an der Volksschule mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung bereits dem Antrag des Rektors stattgegeben, daß von Ostern 1908 ab für jede Klasse der Volks- und Bürgerschule ein Nachmittags dem verbindlichen Betrieb des Spiels und Unterrichtsgängen im Freien gewidmet wird, und daß dieser Nachmittags, damit eine lohnliche Ausspannung und Erholung der Kinder möglich ist, von Hausaufgaben frei zu halten ist. Damit hätten wir einen bedeutenden Schritt vorwärts getan in den positiven Maßnahmen für die Gesunderhaltung und Kräftigung unserer Kinderjahren. Freilich ein unerlässliches Erfordernis bleibt noch zu erfüllen: den einzelnen Schulen müssen die erforderlichen Spielplätze zugewiesen werden, damit in planmäßiger Folge alle Klassen jede Woche zum Spielen kommen. Eine vom Stadtrat zu bildende Kommission sollte sich umgehend der wichtigen Aufgabe der Bestimmung und Zuweisung von Spielplätzen an die einzelnen Schulen unterziehen, damit alsbald nach Ostern unsere Kinder die kräftige Frühlingsluft in fröhlichem Spiel genießen können. Bei der Zuweisung bestimmten Geländes für Spielzwecke gilt es freilich, mit jenen kurzfristigen und engherzigen Anschauungen gründlich aufzuräumen, die Stadtschulrat Herrschenstein in München in seiner Schrift „Eine Aufgabe der Stadtverwaltungen“ mit einigen scharfen Strichen also gezeichnet hat: „Zur Lösung der Oberbehörde werden die größten Rennplätze geschaffen, und hohe Preise von den

Städten ausgeworfen; für die Toten sogar entstehen Waldfriedhöfe, für die Lebendigen aber lassen wir die Anstalten im geräumigen Kampf um das Leben stehen, und die Lebendigen sperren wir in die Strafkäfige ein. So hart und schmerzhaft dies klingt, es trifft hauptsächlich zu, und es ist höchste Zeit, daß über den verächtlichen Wert des Erwachsenen und des Kinderwuchses andere, vernünftiger Anschauungen Platz greifen. Wir haben hier in Mannheim ein geradezu ideales Gelände für den Massenbetrieb unserer Schuljugend, jenes Gelände, auf dem sich das glänzende Kinderfest des Jubiläumjahres abgepielt hat, die Reanweisung brauchen am Restor mit herrlicher Luft und reizendem Ausblick auf die Höhen der Bergstraße. Bialang diente dieses Gelände ausschließlich der Bierbrauerei. Sollte es nicht auch noch der viel höher zu wertenden Aufgabe der Reanweisung dienstbar gemacht werden können? Des Vorkommens des Vorstandes des Mannvereins dürfen wir sicher sein. Selbst wenn die Stadt durch Verwendung der Reanweisung zu Spielplätzen für unsere Jugend auf die ganze Pachtsumme im Betrage von 6000 Mark verzichten müßte, welche ungleich größeres Interesse an leblicher, geistiger und sittlicher Erziehung der heranwachsenden Generation würde dann aus jenem Flecken Erde gezogen werden! Ich bin überzeugt, daß ich mit dieser Auffassung auch Ihre Anschauung über diese Dinge Ausdruck verleihe habe. (Beif.) Und noch eins. Wenn die geplante Schwimmhalle erstellt ist, so wird wie in anderen Städten, auch unsere Jugend der Vorteile eines planmäßigen Schwimmanunterrichts teilhaftig werden. Damit aber die Jugend und die Erwachsenen einander nicht in die Quere kommen, ist seitens der Schulleitung bei der städtischen Behörde angeregt worden, daß nach dem Vorgang von Basel bei Errichtung der Schwimmhalle möglichst ein besonderes Bassin für die Schuljugend zu planmäßiger Benutzung vorgezogen werde.

Meine Herren! Eisen ins Blut unserer Stadt! Handel! Das heißt einerseits Erziehung unserer Knaben und Mädchen zur intensiven Arbeit, zur Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung, andererseits Stärkung der jugendlichen Körper durch Gymnastik, die Stunden der Erholung in ausgiebigen Spielen der Kräfte zu suchen und dem Gemüthsbedürfnis eine Richtung zu geben, daß seine Befriedigung nicht zu einer Verkrüppelung, sondern zu einer Steigerung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte führt.

Am nun wieder auf den neuen Unterrichtsplan für die hiesigen Volksschulen zurückzukommen, so enthält er für uns Mannheimer eine Anerkennung insofern, als in deutschen die in den letzten Jahren durch die Weisheit der städtischen Behörde im Rahmen der hiesigen Volksschule durchgeführte Organisation der Sonderklassen für die schwächeren und sehr schwachen Schüler nunmehr den übrigen größeren Stadtschulen zur Nachahmung amtlich empfohlen wird. Ingleich bezeichnet der neue Unterrichtsplan, in Uebereinstimmung mit der von der hiesigen Schulleitung wiederholt vertretenen Auffassung, als eine Aufgabe größerer Schulkörper, auch den über das Durchschnittsmoß hinausgehenden Gebildeten durch besondere Einrichtungen gerecht zu werden. Dieser Forderung entsprechend sind an unsere Schule die bereits erprobten Fortbildungskurse für gute Schüler in Aussicht genommen. Aber die Schulleitung und die Schulkommision sind noch einen Schritt weiter gegangen. In der Volksschule fehlt es nicht an gut talentierten Kindern, die jeder höheren Schule zur Zierde gereichen würden, die aber aus wirtschaftlichen Gründen mit dem 14. Lebensjahr ihre allgemeine Ausbildung beenden müssen. Diese Kinder sollte man wenigstens im Rahmen der von ihnen besuchten unentgeltlichen Volksschule eine angemessene Weiterbildung und Vertiefung der Volksschulbildung gestatten werden, wie sie der Lehrplan unserer Bürgerschule, die jetzt gerade für die Bedürfnisse des mittleren Bürgerstandes geschaffen wurde, in Aussicht stellt. Dem Stadtrat liegt deshalb ein Antrag der Schulkommision zur Verbessehung vor, daß gut talentierte Kinder der Volksschule auf Wunsch der Eltern auf den oberen Stufen innerhalb der unentgeltlichen Volksschule nach dem Lehrplan der Bürgerschule unterrichtet werden, indem sie in sogenannte fremdsprachliche Klassen zusammengefaßt werden. Diese fremdsprachlichen Klassen würden an die Stelle der bisherigen fakultativen französischen Kurse treten, die aus unterrichtlichen und gesundheitlichen Gründen ihrem Zweck nicht genügen. Die Einrichtung der fremdsprachlichen Klassen verlangt keinen weiteren Aufwand; im Gegenteil: Die Mehranforderungen für die bisherigen französischen Kurse kommen in Wegfall. Dagegen würde das Weiterbestehenlassen der französischen Kurse einen erhöhten Aufwand bedingen, da die Vorstände auf diese Verletzung der Pflicht mehr und mehr Anspruch erheben. Möge deshalb der Stadtrat dem Antrag der Schulkommision beifällig entsprechen.

M. H.! Ich komme nunmehr zu der vielumstrittenen Frage der Einführung der allgemeinen Lehrmittelfreiheit. In dieser Frage liegen vor: 1. Eine Denkschrift des Stadtrats (Motivierung des ablehrenden Standpunktes), 2. Eine Denkschrift der Schreibwarenhandler (scharfe Ablehnung), 3. Resolution der nationalliberalen, freisinnigen und demokratischen Fraktion aus den Jahren 1906 und 1907, welche die Abgabe der Lehrmittel an alle Schüler verlangt, deren Eltern dies wünschen, ohne Prüfung der Bedürftigkeit. 4. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, hat 32 600 Mark in den Voranschlag 20 000 Mark für die Kosten der allgemeinen Lehrmittelfreiheit einzusetzen.

Dem Antrag der Sozialdemokraten habe ich zu erklären, daß wir an unserer Resolution nach wie vor festhalten und erwarten, daß sie im nächsten Jahr nach ihrem Wortlaut Rechnung getragen wird. Für dieses Jahr gehen wir uns mit dem Stadtrat getroffenen Regelung zufrieden, weil 1) die Mitwirkung der Armenkommission ausgeschaltet worden ist, 2) eine wesentlich größere Anzahl Kinder als bisher die unentgeltlichen Lehrmittel erhielten, 3) die über die aufgestellten Beschränkungen hinausgehenden Anträge der Lehrkollegien beim Bürgermeisteramt liberales Entgegenkommen gefunden haben. Ich verkenne es nicht, daß der vorgeschrittenen Zeit, auf die Denkschrift der Schreibwarenhandler genauer eingegangen. Sie zeugt von einer neuen Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse, namentlich der der Schulleitung in finanziellen Dingen eingeräumter Kompetenzen, und ist bezeugt von der Furcht vor geschäftlicher Schädigung. Diese Furcht ist aber keineswegs begründet. Die Einführung der Lehrmittelfreiheit muß nicht unbedingt die Vernichtung der Existenz der Schreibwarenhandler bedeuten. Denn die Lehrmittelfreiheit bedeutet doch nicht geringeren Verbrauch der Lehrmittel und dadurch geringeren Verdienst der Schreibwarenhandler, und zum andern verlangt die Lehrmittelfreiheit nicht unbedingt Komplexifizierung der Lehrmittelfreiheit. Er liegt in der Macht der Stadtkommision, selbst bei völliger Lehrmittelfreiheit sämtliche bisher am Lehrmittelfreikauf beteiligten Geschäftskreise nach ihrem bisherigen Geschäftsumsatz, nach ihrer Leistungsfähigkeit oder nach einem auf alle Schreibwarenhandlungen auszufolgenden Prozentsatz an der Lieferung teilnehmen zu lassen. Durch Festsetzung eines Normpreises für die einzelnen Lehrmittel löst

sich bei gutem Willen der beteiligten Faktoren eine Vergebung ermöglichen, die auf die städt. Finanzen wie auf die Interessen der Schreibwarenhandler gleichmäßig Rücksicht nimmt. In diesem Sinne wäre also eine etwa beschlossene weitere Denkschrift der Schreibwarenhandler an den Stadtrat zu richten.

Ueber die Denkschrift des Stadtrats ließe sich vieles sagen. Da ich jedoch meine prinzipielle Stellung zur Frage wiederholt in diesem Saale vorgelegt habe, beschränke ich mich auf die Heraushebung von zwei Momenten. Es wird auf die zum Teil erzielten Erfolge hingewiesen, die man an der Pforsheimer Volksschule mit der unentgeltlichen Abgabe der Lehrmittel gemacht habe, insofern gewisse Schüler mit den ihnen betretlichen Vätern u. s. w. Nutzen gezogen hätten. Wenn dies in größerem Umfang vorgekommen ist, so liegt der Grund in der Art der Verabreichung der Lehrmittel. Nicht zu Eigentum sollen diese den Schülern gegeben werden, so daß diese mit ihnen nach Belieben schalten und walten dürfen, sondern sie bleiben, wie die Bücher der Schülerbibliothek, Eigentum der Schule und tragen ausdrücklich einen dementsprechenden Vermerk. Den Schülern wird also ein der Allgemeinheit gehörendes Gut nur zur Ausnutzung anvertraut, mit dem sie — darüber werden die Organe der Schule aufs gewissenhafteste — mit der peinlichsten Sorgfalt umzugehen haben. Die Erfahrungen, die wir mit dieser Art der Verabreichung im laufenden Schuljahr an der Mannheimer Volksschule gemacht haben, sind durchaus günstige und müssen es überall sein, wo Tracht und Ordnung an einer Schule herrscht.

Sobald möchte ich auf den objektiven Bericht der Schulkommision der II. hiesigen Kammer über den Antrag „Lehrmittelfreiheit der Volksschule“ hinweisen, den die Beschlüsse zum Protokoll der Sitzung vom 8. Juni 1904 enthält.

Auch die Beschaffung der Lehrmittel für alle die Volksschule besuchenden Kinder steht nach § 60a Ziffer 4 und § 172d Ziffer 7 der Gemeindeordnung in dem Ermessen der Gemeinde. Wie jetzt haben aber nach Mitteilung der Groß. Regierung nur zwei Gemeinden die Übernahme der Lehrmittel auf die Gemeindekasse durchgeföhrt. Nur eine gesetzliche Regelung erscheint der Groß. Regierung die Verhältnisse nicht gehörend gerecht.

In ausgedehnterem Maße als in Baden ist die unentgeltliche einmalige und wiederholte Abgabe an alle Schüler oder nur an einzelne Klassen der Schule in andern, außerbadischen Ländern, wie Nordamerika, Dänemark, Norwegen, Frankreich, ebenso in verschiedenen Kantonen und Städten der Schweiz, wie Basel, Gené, Glarus, Luzern, Neuchâtel, Solothurn, Zürich durchgeföhrt, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß in letzteren vielfach zu diesem Zweck Stiftungserträge zur Verfügung stehen. Auch einzelne deutsche Städte, wie Saarbrücken, Braunschweig, Wilmshausen, Pforzheim, gemäßen bereits ganz oder teilweise unentgeltliche Lehrmittel an die Kinder der Volksschule und sind die mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen auseinander durchweg günstig. Die Kosten belaufen sich auf etwa 2—4 Mark pro Kopf.

Wenn sich gegen die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel wohl Gründe geltend machen, insbesondere dahingehend, es solle den Eltern, auch wenn sie dies nicht wollen oder beabsichtigen, die Pflicht für den Unterricht der Kinder zu sorgen, nicht abgenommen werden, auch wohl Befürchtungen, es könne durch Verstaatlichung die Weiterentwicklung der Lehrbücher gehemmt und die Erziehung minderwertiger durch gute ersetzt werden, so können doch andererseits für die unentgeltliche Abgabe auch schwerwiegende sozialpolitische und pädagogische Gründe in die Waagschale gelegt werden; erstere darin, daß unentgeltliche Eltern dadurch eine nicht unerhebliche Erleichterung gemäht werde, letztere, insofern die rasche und vollständige Abgabe gleichmäßiger Lehrmittel eine Erleichterung des Unterrichts ist.

Die Ansicht der Mehrheit der Kommission geht dahin, daß die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel zwar wünschenswert, die allgemeine Durchföhren aber zur Zeit nicht möglich und es nach wie vor der Zuständigkeit der Gemeinde überlassen sei. Diesbezügliche Maßnahmen zu treffen. Doch beauftragt die Kommission, die Gemeinden sollten, falls sie nicht allgemein die Lehrmittel stellen, in der Abgabe an Unbemittelte möglichst weitgehend und wohlwollend verfahren, der Staat aber, wie dies in § 35 des Gesetzesentwurfes betreffs Wanderung der Verfassung vorgesehen, die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel nicht als Armenunterstützung gelten lassen und falls dies Gesetz nicht zustande kommen sollte, zur Beseitigung dieser Anschauung anderweitige Anordnungen zu treffen.

Die Lehrmittelfreiheit, meine Herren, ist keineswegs, wie es den Anschein haben könnte, eine parteipolitische, sondern eine allgemein menschliche Angelegenheit. Zum Beweise dessen vernehmen Sie die Ausführungen des der Zentrumspartei angehörenden Abgeordneten Birkenwälder über die vorwärtige Frage. In deren Verständnis sei voranzuschick, daß im September 1905 ein Erlass des Ministers des Innern ergangen war des Inhalts, daß diejenigen, deren Kinder unentgeltliche Lehrmittel erhalten, nicht in die Wählerliste aufzunehmen seien, weil die Verabreichung als Armenunterstützung anzusehen sei. In den Inhalt dieses Erlasses antwortend führte der Abgeordnete Birkenwälder am 19. Februar 1904 in der Zweiten Kammer aus: „... Ich möchte sagen, meine Herren, es war überaus traurig, daß man früher zu der Ansicht kommen konnte, daß die unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln als Armenunterstützung angesehen werden soll. Ei, meine Herren, ist bezu der andere Gedanke nicht viel schwerwiegender, der dahin geht, daß der Staat die Pflicht hat, auf seine Kosten die Lehrmittel zu beschaffen? So ist es auch im Kanton Zürich. Ich habe gestern in der Kommissionssitzung auch gehört, daß in lobender Weise Schweizer Zustände angeführt worden sind. Ich bin auch ein sehr großer Freund der Schweiz. Ich bedauere es, daß ich nicht mehr an der Schweizer Grenze wohne, und ich habe mich oft für die politischen Verhältnisse der Schweiz interessiert. Und ich sage: Eben diese Leute im Kanton Zürich haben den richtigen Gedanken gehabt: Wenn der Staat einmal verlangt, daß jeder die unentgeltliche Ausbildung hat, ei, so muß er auch die Mittel dazu geben. Denn es ist eine Staatsangelegenheit, das höchste Staatsinteresse.“

Meine Herren, bei uns in Baden ist nun in den Städten der Städteordnung durch gesetzliche Bestimmung die Unterhaltspflicht der Volksschule vollständig auf die Kommune übertragen. Ist also die Anschauung des Abgeordneten Birkenwälder richtig, so hat in den Städten der Städteordnung die Gemeinde an Stelle des Staates die Verpflichtung der Lieferung der Lehrmittel zu übernehmen.

Freilich ist es meines Erachtens kein gerechter Zustand, daß unsere Städte sämtliche Volksschulkosten zu tragen haben, denn der Staat hat an der Ausbildung tüchtiger Bürger zum mindesten das gleiche Interesse wie unsere Städte; er sollte deshalb wenigstens einen Teil der Volksschulkosten den Städten abnehmen, indem er nach der Kopfzahl der in den Städten verwendeten Lehrer bestimmte Zuschüsse leistet.

Der in Aussicht genommene Schulhausbau ist nur zu begrüßen. Wie wäre es, meine Herren, wenn wir aus diesem Fond, nachdem er die entsprechende Höhe erreicht hat, ein neues R-Schulhaus erstellen würden? Das wäre wirklich eine verdienstvolle Tat, freudig begrüßt von den Lehrern, Schülern und Eltern. Nun, die Frage ist fürzlich in Aussicht genommen und wird hoffentlich nicht mehr zur Ruhe kommen.

Möchte man den Schulhausbau auch noch durch einen Teil der Sparkassenüberschüsse stärken, um ihn für den gebuchten Zweck leistungsfähiger zu machen.

Ich habe noch in Kürze einer wichtigen Anregung zu gedenken, die der neue badische Unterrichtsplan betreffs einer zeitgemäßen Ausgestaltung der allgemeinen Fortbildungsschule den Gemeinden gegeben hat. Die bisherige Unterrichtszeit, 3 Stunden wöchentlich, ist sowohl nach der unterrichtlichen als auch namentlich nach der erzieherischen Seite völlig unzulänglich. Die Knaben sollten unbedingt zwei Mal in der Woche der Wohlthat des Fortbildungsunterrichts teilhaftig werden. Ein dahin gehender Antrag ist von der Schulkommision dem in dieser Sache zuständigen Stadtrat unterbreitet worden. Die Entscheidung kann nicht schwer fallen, wenn man dabei von dem ebenso humanen als nationalen Gesichtspunkt ausgeht, daß die Zeit vom 14. bis zum 20. Lebensjahr mehr und mehr der Erziehung und der Ausbildung der künftigen Bürger gehört und daß die Besucher der Fortbildungsschule gegenüber den Besuchern der Gewerkschule und der Handwerksfortbildungsschule nicht allzu sehr verkürzt werden dürfen. Hier handelt es sich um ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der sittlichen Bewahrung. Im Anschlag hierzu sei an die Arbeitgeber die dringende Bitte gerichtet, den fortbildungsschulpflichtigen Arbeitern gegenüber von dem Lohnabzug Abstand zu nehmen; denn es handelt sich hier um die sozial schwächsten Volkselemente.

Endlich empfehle ich Ihnen, meine Herren, den Antrag der Sozialdemokraten zur Annahme, den Betrag für den Lehrers-leserverein auf 800 Mark und die Vergütung für den Bibliothekar auf 900 Mark zu erhöhen. Wenn Sie aus dem Vorschlag entnehmen, daß beispielweise der Gehalt für die Lehrerbibliothek der Oberrealschule bei ca. 30 Lehrern 800 Mark beträgt und daß die Volksschule zur Zeit nahezu 600 Lehrer und Lehrerinnen umfaßt, so werden Sie kein weiteres Wort der Begründung des Antrages begehren.

Meine Herren! Unser Volksschulbudget hat, wie ich eingangs ausführte, eine beträchtliche Höhe erreicht. Das gerührt aber den Mannheimern nach guter Tradition nicht zur Beforgnis, sondern zum Stolz und zur freudigen Zuerkennung. Denn wo wäre ein sichereres Mittel für eine wachstoll vorwärts strebende Handels- und Industriestadt zu finden, als eine intensive Durchbildung der breiten Volksschichten, um möglichst viele leistungsfähige Mitkämpfer für den immer schärfer werdenden Wettstreit auf allen Gebieten zu schaffen? Hier in Mannheim hat man von jeher der Förderung Verstandnis entgegengebracht, daß allen Gliedern des Volkes die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs erleichtert werde. Die Auffassung ist im Schwaben begriffen, daß die Bildung eine Ware sei, die nur für den erhältlich sei, der Geld hat. Dagegen findet mehr und mehr die Auffassung Anerkennung, daß der Grad der Bildungsfähigkeit und der Willensenergie als Maß der zu erwerbenden Bildung zu gelten habe, aus sozialen und nationalen Erwägungen heraus. Es bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß wie die Hygiene, die Verhütung der Krankheiten, besser ist als die Medizin, die Heilung der Krankheiten, so auch in einer intensiven Erziehungspolitik die rationelle Kriminalpolitik und die wirksamste Sozialpolitik zu erbilden ist. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Polizeibericht vom 10. April.

(Schluß.)

Sachbescheidung verurteilte ein led. Tagelöhner gestern abend 10 Uhr dadurch, daß er mittelwertsche eine große Schloßkammer im Werte von 170 Mark am Dampfe P. 7, 1. (Polizei-Hotel) mit einem Prügel zerrammerte.

Verhaftet wurden 16 Personen wegen verchied. strafbaren Handlungen, darunter eine von der Staatsanwaltschaft Frankenthal wegen Diebstahls angebeschriebene Fabrikarbeiterin von Kaiserlautern, ein Dieber von Leiden wegen Hausfriedensbruch, 1 Tagelöhner von hier wegen Hehlerei, 1 Tagelöhner von Magstadt, 1 Kaufmann von Neustadt a. S., 1 Tagelöhner von Strampfelbrunn, 1 Musiker von Köln und 1 Knircher von Pöschelbach, alle wegen Diebstahls.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert des Vereins für hiesige Kirchenmusik.

Der Verein für hiesige Kirchenmusik gab gestern Abend in der Konfordinstraße sein übliches Winterkonzert welches sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte und unter der tüchtigen Leitung des Herrn Alfred Bernide einen würdigen Verlauf nahm. Derselbe hatte wiederum ein reichhaltiges interessantes Programm angefaßt, und bewährte Solisten waren zur Mitwirkung gewonnen worden. Der Chor wies in allen Stimmen eine gute Befehung auf und der Stimmenausgleich war ein guter. Ganz dem Sopran, in welchem einige ansehnliche Leistungen unterliefen, waren noch eine Anzahl kräftiger, reispangreicher Stimmen zu wünschen. Sämtliche Vorträge zeigten von fleißiger, hingebungsvollem Studium, einige kleine Schwächen sind verzeihlich und ändern nichts an dem günstigen Gesamteindruck. Der gemischte Chor des Vereins trat in drei, der Frauenchor in einer Kammer in Aktion. Was aus die schwermütige Aufgabe hatte sich der Verein mit der das Konzert beschließenden Vokal-Kantate „O Haupt voll Blut und Wunden“ für Sopran- und Alt-Solo, Solo-Violine und -Cello und gemischter Chor mit Orgelbegleitung von Max Regger gestellt, die hier als Novität erschien. Dieses Werk des rathlos schaffenden Komponisten, dessen Aufnahme in den Schülern des Programms zugleich eine sinnige Bedeutung auf die kommende Passionswoch bildet, kann ebensowenig als seine früher erschienenen beiden Dreifachwerke „Rom Himmel hoch“ und „Wie selig“ eine Anregung aus den Bach'schen gleichartigen Aufwerken verweigern, auf welchen sie schon in ihrer vielgestaltigen Harmonik und dem Bach'schen Durchflusse hinweist. Auch wer nicht unbedingt Reggerfreund ist, muß anerkennen, daß die kontrapunktische Meisterhaft des Komponisten hier Triumphe feiert. Bald übernimmt die Solistin, bald eines der beiden Soloinstrumente die Führung und die andere Stimme kontrapunktisiert hierzu. Die Harmonik zieht nicht selten den gewohnten festen Boden unter den Füßen weg. Man kann fast wie im Dreifach singen: „Nur bringt viele Sachen mit.“ Der Chor singt in jeder Wiederholung in neuem Gewande. In dem Schluß-Doppelchor ziehen die unisono geführten Männerstimmen quaße als Cantus firmus durch das von den Frauen- und Instrumentalstimmen gebildete Stimmengewebe. Der Doppelchor der Mannbasspartien mit einem von den Knabenstimmen getragenen Basschorale mag hier dem Komponisten vorgeschwebt haben. Die Wiedergabe des Wertes war eine sehr anerkennenswerte. Wirte dasselbe in seiner weitauferstehenden Gostik am Anfang etwas ermüdend, so trat die 2. Strophe mit ihrem einfachen Harmonisgang, der einen wohlwollenden Kontrast zu dem reichen Stimmengewebe bildete, um so erfrischender ein. Herr Bernide hatte die Kantate mit Verstandnis und erschließendem Fleiß studiert und hielt Chor und Solisten mit fester Hand zu-

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 10. April 1908.

Verzucht wurde Betriebsassistent August Feder in Traben-Reudorf nach Karlsruhe.

Verzucht wurden die Telegraphenassistenten Engelhard Kocher in Konstanz, nach Mannheim und Eduard Schupp in Waldshut nach Konstanz.

Personalien. Die Beamteneigenschaft wurde verliehen dem Schupmann Mathias Faust in Mannheim.

Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: zu Postwörtern: Friedrich Bärtl, Arthur Häter, Hermann Morig in Mannheim, Josef Kleiber in Forstheim; zu Telegraphenassistenten: Franz Baumann, Gottlieb Ruderer in Mannheim; zu Postgehilfen: Adolf Denu in Mannheim, Franz Hummel in Forstheim.

Ernannt: zu Ober-Postassistenten: die Postassistenten Josef Börgg in Wahren, Adolf Köppl, Friedrich Sappe in Baden-Baden, Hugo Keller, Karl Schönig, Martin Werner in Bruchsal, Robert Hoffmann in Eberbach, Richard Hanle in Ettlingen, Heinrich Hillengas in Heidelberg, Adolf Brunner, Edmund Oppler, Josef Heilmann, Karl Schlindwein, August Umhorn, Benzelin Wolter in Karlsruhe, Karl Werner, Karl Datzbarth, Josef Kimmel, Philipp Koch, Adam Müller, Emil Piskowich, Adam Scherrer, Wilhelm Schneider, Johann Baitz in Mannheim, Heinrich Müller in Forstheim, Adolf Endle in Kastatt, Konrad Moser in Schwetzingen; zu Ober-Telegraphenassistenten: der Postassistent Albert Engelberger in Rottbach; — Staatsmäßig angestellt sind in Mannheim: die Postassistenten: Albert Bauer aus Bülten, Karl Eichhorn aus Mannheim, Adam Fischer aus Jugenheim (Bergstr.), Karl Kayler aus Mainz, Philipp Kling aus Frankfurt (Main), Jakob Leiff aus Darmstadt, Karl Reichert aus Hamburg, Friedrich Seib aus Darmstadt, Valentin Stöber aus Karlsruhe; die Telegraphenassistenten: Hermann Seiber aus Darmstadt, Rudolf Schneider aus Rölln. — Verzucht: der Ober-Telegraphenassistent Emil Menold von Karlsruhe nach Sinsheim (Elz); die Postassistenten: Rudolf Brägel von Bruchsal nach Gommersdorf, Albert Grculitz von Bruchsal nach Friedrichsfeld, Walther Hillenbrand von Karlsruhe nach Pfinzberg, Ludwig Zimmermann von Bruchsal nach Schwetzingen.

176 780 Einwohner zählte Mannheim nach der Berechnung des Statistischen Amtes Ende Februar d. J.

Auf der Elektrischen wurden im Monat Februar 2067 807 Personen oder 360 Personen auf den Wagenkilometer befördert gegen 3,90 Personen auf den Wagenkilometer im Vorjahre. Bereinigt wurden 195 814,60 Mark (173 720,75 Mk.) oder 0,84 Mark (0,87 Mark) pro Wagenkilometer.

Theaterfreude. Im Monat Februar wurde im Hoftheater Wagners „Lohengrin“ als Volksvorstellung (1314 Besucher) die größte Zugkraft erzielt. Die geringste Frequenz mit 600 Besuchern erzielte „Cavalleria“. Das die „Lustige Witwe“ unermesslich ist, beweist die Tatsache, daß sie in der außer Abonnement gegebenen einzigen Vorstellung im Berichtsmonat 1215 Besucher in den Hauptempeln am Schillerplatz zu locken vermochte. Im Neuen Theater erzielte „Madame Sansonnet“ als Sonntagsvorstellung mit 1208 Besuchern den Monatserfolg, während „Rameau's Nuits“ mit 373 Besuchern die geringste Frequenz aufzuweisen hatte.

Kindertagesstätten. Glücklich die Jugend, deren Sinnen und Treiben heute in so ausreichendem Maße Rechnung getragen wird, mußte man beim Anblick der am Samstag und Sonntag in der Turnhalle von K 8 aufgestellten Zeichen- und Handarbeiten der Volkshochschule anrufen.

Der nun und Alten denkt nicht mit Mißbehagen zurück an die langweiligen Stunden des Zeichenunterrichts, in denen man als Kopierer vor eine große, interessenslose, leblose Vorlage gesetzt wurde, vor die „stillesten“ Blätter, vor die griechischen und römischen Vasen im Abbild, die Kopistale dieser oder jener Säulen und vor allerlei Abbildungen aus ganzen und zerbrochenen Kunstwerken jeglichen Landes und Alters, die man schattiert und ungeschattiert dem gebührenden Zeichenpapier einzeichnen mußte. Heute atmet die in der Zeichenlehre nun angewandte Methode frisches Leben, Natur und Interesse. Die mannigfaltig waren die in der genannten Ausstellung vorhandenen Objekte und doch wieder bei näherer Betrachtung eines einheitlichen Gang und einheitliche Ziele verfolgend. Verschwunden ist der langweilige sich wiederholende Mäander, dafür die lebende Frage aller Nationen, farbige, gefaltete, mit und ohne Spitze; Drachen, Ballen, Häuser, Fenster, Blätter, Hammer, Zange, Gabel, Messer, Klopfer, Hademesser, Meißel, kurz alle Werkzeuge und Spielzeuge des Kindes. Langsam reißt das Verständnis für verpöbelte Aufnahmen und Schattierungen: des Vaters Bierkrug, ein Storkosten, ein Schrank, eine Treppe, ein Kamin, eine Allee stehen von reicher Arbeit eines interessierenden Stoffes. Härtet unsere maßgebenden Zeichenlehrer die in früheren langweiligen Zeichenstunden nebenbei „verbrochenen“ und vor den strengen Augen des Lehrers versteckten Sonderübungen im Malen von Pferden, Däusern, Männlein, Rädern usw. zu Gesicht bekommen, wäre ihnen das Verständnis für das kindliche Schaffen und Treiben schon früher aufgegangen. Reich bewundert von Klein und groß waren auch die verschiedenen Ansätze aus den Handfertigkeitskassen. Was in dem oben erwähnten Bericht theoretisch erlernt, wird hier praktisch erprobt und umgekehrt. Von kleinen Anriffs, dessen Rolle kaum über den Tisch des Arbeitstisches im Pappunterricht reicht bis hinauf zum fröhlichen Schiller einer 8. Klasse, der den schweren Hohlkeil leicht über das raue Brett führt, haben alle in Metall, Ton, Holz und Papier das Schönste geleistet. In 110 Kurzen wurden die 2000 Freiwilligen von 45 ausgebildeten Lehrern unterrichtet. Stolz und Freude leuchteten aus den Augen der kleinen Künstler, die ihre Kunstwerke erklärend den Kameraden vorführten. — Im gleichen Lokale waren auch diesmal die in dem Industrieunterricht der Mädchen angefertigten Strümpfe, Hemden usw. zur Besichtigung ausgestellt und die sauberen Arbeiten erlaubten durch das weibliche Geschlecht die gebührende Bewunderung. Sämtliche Ausstellungsgesellschaften repräsentierten sich in dem großen Raum der Doppelturnhalle ans beste und hatten den überaus hohen Besuch wohl verdient.

Sonderausstellung des Mannheimer Altertumsvereins. Der Mannheimer Altertumsverein hat, wie bereits mitgeteilt, in seinen Sammlungsräumen (Groß, Schloß) eine Ausstellung von neu erworbenen Museumsgegenständen veranstaltet, die er aus Mitteln der Jubiläumsspende angekauft hat. Die Eröffnung dieser Ausstellung findet Samstag vormittag 11 Uhr vor geladenem Publikum statt. Von Sonntag, den 12. April ab ist die Ausstellung dem allgemeinen Besuch geöffnet und zwar ist der Zutritt am Sonntag und Feiertagen von 11- und 3-5 Uhr unentgeltlich. An Werktagen wird ein Eintrittsgeld von 20 Pfennig pro Person erhoben. Da die Ausstellung nur von kurzer Dauer ist, wird Interessenten der baldige Besuch empfohlen.

Die Mannheimer Harmonika-Kapelle „Mittnacht“ konzertierte im vergangenen Donnerstag im „Süden Raum“. Das

Konzert war sehr gut besucht. Die Kapelle mußte sich verpflichten, morgen Samstag nochmals zu konzertieren. (Siehe Annonce im heutigen Mittagsblatt), worauf wir an dieser Stelle aufmerksam machen.

Aus dem Grossherzogtum.

o.c. Karlsruhe, 9. April. Vor dem hiesigen Schwurgerichte hatte sich dieser Tage der 24 Jahre alte Kellner Friedrich Nieß aus Dippingen wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu verantworten. Der Angeklagte hatte am Abend des 16. Januar im Gasthaus „zum Laub“ dahier im Streit den 27 Jahre alten Musiker Diebold von hier durch 2 Messerstiche in den Unterleib so schwer verletzt, daß am andern Tage der Tod eintrat. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 10 Monate Gefängnis.

o.c. Karlsruhe, 9. April. Im Verleumdungsprozess des Hrn. Olga Rositor gegen den Chefredakteur der „Badischen Presse“, Albert Herzog, ist nunmehr der neue Termin der Hauptverhandlung auf Donnerstag, den 7. Mai, anberaumt worden. — Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß die Zahl der Mitglieder der Handelskammer Freiburg von 18 auf 22 erhöht wird. — Herr Hauptlehrer Wilhelm Ries feierte gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum.

o.c. Baden-Baden, 9. April. Der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, Erz. v. Köller, ist mit Gemahlin hier eingetroffen und hat im Sanatorium Dr. Frey-Dengler Wohnung genommen.

o.c. Pforzheim, 9. April. Der Kettenfabrikant Karl Friedrich Füh von Söllingen, wohnhaft in Dillheim, wurde wegen Goldschneiderei verhaftet. Er soll nach dem „Pforzh. Anz.“ für etwa 50 000 M. Edelmetall, das ihm von Dieben zugetragen wurde, in den Scheideanstalten verkauft haben. Ferner seien noch 4 Personen in Untersuchungshaft, die ebenfalls des Goldschneidens und der Hehlerei beschuldigt werden.

o.c. Freiburg, 9. April. Die Familie des Prinzen Friedrich von Sachsen-Meinungen, Herzog zu Sachsen, hat unsere Stadt verlassen, um nach Hannover überzusiedeln. Dem Prinzen wurde die Führung der hannoverschen Feldartilleriebrigade übertragen.

o.c. Freiburg, 9. April. Am 18. und 19. Juli d. J. findet hier ein großes Schwedisch-deutsches Wurfenfest statt. In diesem Jahre sind 90 Jahre verflossen, seit die Freiburger Wurfenschaft auf dem Wartenberge in Donaueschingen ins Leben getreten ist. — Der Sekretär des hiesigen Infanterieregiments, dem die Festnahme des Norddeutschen Meeres, erhielt vom Stadtrat ein Geschenk von 50 M.

Volkswirtschaft.

Exportsteigerung in der elektrotechnischen Industrie.

Wie der Maschinenindustrie, so teilt sich auch der Elektrizitätsindustrie ein gewerblicher Rückgang eher und stärker mit als anderen Industriezweigen; sie ist zwar nicht so unbedingt wie die erstere von der Gestaltung der industriellen Unternehmungen abhängig, doch hat auch die Elektrizitätsindustrie eine Abnahme des Ausdehnungsdranges, wie sie dem gewerblichen Niedergang stets vorausgeht, empfindlich zu spüren. Weder zu Beleuchtungszwecken, noch als Antriebskraft in Fabriken, noch im Verkehrswesen nimmt die Verwendung von Elektrizität und damit der Absatz von elektrotechnischen Artikeln so zu wie in guten Zeiten.

Neuer nun liegen die Verhältnisse für die deutsche Elektrizitätsindustrie trotz des Konjunkturrückganges insofern nicht besonders ungünstig, als die geringere Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes durch eine ungeschwächte Kaufkraft des Auslandes einigermaßen ersetzt wird. Es sind in erster Linie Italien und die südamerikanischen Länder, nach denen der Absatz von Erzeugnissen der deutschen Elektrizitätsindustrie in kräftiger Aufschwung begriffen ist. Die gesamte Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen ist von 83 450 Doppelzentnern in den ersten beiden Monaten 1907 auf 115 497 im laufenden Jahre gestiegen. Dynamomaschinen wurden in allen Größen und in allen Sorten sehr viel stärker exportiert als 1907; besonders stark wurde die Ausfuhr von großen Dynamomaschinen, die über 5 Doppelzentner wiegen, gesteigert.

Hervorzuheben ist dann noch die Ausfuhrsteigerung bei Kabeln zur Leitung elektrischer Ströme, ferner bei elektrischen Vorrichtungen für Beleuchtung etc. Dabei nahm der Export von Kabeln durchaus nicht gleichmäßig zu, vielmehr schränkten Belgien und Großbritannien ihre Einfuhr deutscher Kabel bedeutend ein, und nur dem starken Bedarf Hollands, Schwedens und Südamerikas verdankt die deutsche Elektrizitätsindustrie es, daß sie die Kabelausfuhr überhaupt so kräftig steigern konnte. Auch Bogenlampen, elektrische Glühlampen etc. wurden stärker ausgeführt als 1907. Es erhebt sich ohne weiteres, daß das Auslandsgeschäft der deutschen Elektrizitätsindustrie im laufenden Jahre einen kräftigen Arbeitsumsatz gebracht hat; selbst wenn die ausgeführte Ware zum Teil vom Lager genommen wurde, so gilt es doch, die Vorräte wieder zu ergänzen.

Diese Absatzsteigerung im Auslande bildet ein Gegenwärtig zu der immer deutlicher hervortretenden Abnahme der heimischen Nachfrage. Schon den Winter hindurch, der für die meisten Zweige der elektrotechnischen Industrie die Hauptsaison im Jahre bildet, war der Geschäftsgang hinter dem des Vorjahres zurückgefallen, der Beschäftigungsgang stand nicht unerheblich tiefer als 1907. Während im Februar 1907 Arbeiterentlassungen nur in geringem Umfange stattfanden, waren sie in diesem Jahre sehr erheblich; damals sank die Zahl der Beschäftigten von Anfang bis Ende Februar um 0,8 pCt., in diesem Jahre ging sie aber um rund 2 pCt. zurück. Der unbefriedigende Geschäftsgang hält natürlich auch die Unternehmungskraft in der Elektrizitätsindustrie selbst in engen Grenzen. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden in der elektrotechnischen Industrie nur 1,4 Millionen Mark neu investiert gegen 1,7 Millionen im Vorjahre; Elektrizitäts- und Gasgesellschaften, die allerdings erst im weiteren Sinne hierher gehören, beanspruchen in diesem Jahre nur 1,7 Millionen Mark zu Reinvestitionen gegen rund 21 Millionen im Vorjahre.

Neue Anleihe der Stadt Hanau. Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung stimmte gestern der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von M. 5 1/2 Millionen zu, für den Bau der Kaserne, des Depogebäudes, des Lazarett- und Herrichtung eines Erziehungspalastes für das von Berlin nach Hanau zu verlegende 3. Eisenbahnregiment. Es wird hauptsächlich, das Darlehen durch Ausgabe von Stadtschuldscheinen zu beschaffen. Das Gesamtvolumen wird, soweit es für die Anfertigung von Baukosten aufzunehmen ist, mit 5 pCt., soweit es für die Grundvermögenskosten aufzunehmen ist, mit 4 pCt. von der Reichsmilitärverwaltung verzinst werden und diese Beträge sollen auch wieder zur Verzinsung der Anleihe verwendet werden. Weiter stimmten die Stadtverordneten u. „Fest. Ztg.“ der Aufnahme einer Anleihe für städtische Bauten und Anlagen in Höhe von M. 3 223 000 zu und zwar soll in dieser Höhe ein Teilbetrag von M. 1 328 000 dieser Anleihe beschafft werden. Die letztere Anleihe soll möglichst mit 4 pCt. verzinst werden.

Handelsgesellschaft für Grundbesitz. Die Verwaltung teilt folgendes mit: „Das Geschäftsjahr 1907 war im wesentlichen der weiteren Ausschließung des Terrains gewidmet, da das Grundstücksgeschäft durch die ungünstigen Geldverhältnisse stark beeinträchtigt wurde. Die bis Ende des Jahres abgerechneten Geschäfte gestatten die Ausschreibung einer Dividende von 4 1/2 pCt.“ für 1906 wurden 8 pCt. gezahlt.

Zusoldener einer pfälzischen Bank. Das seit 1887 bestehende Bankgeschäft Leon Rehr in Kaiserlautern hat die Zahlungen eingestellt.

Die Zahlungsschwierigkeiten des Warenhauses Gebrüder Hartoch in Düsseldorf sind, wie der „Konfektionär“ erfährt, durch einen Vergleich von 50 pCt. geregelt worden. Die Gesamtschulden betragen 3 1/2 Millionen M. Das Geschäft wird weitergeführt.

Dresdener Gasmotorenfabrik vorm. M. Sille. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 11 pCt. (wie i. V.) fest. Die Direktion berichtet über unbedeutend lebhaften Geschäftsgang auch im ersten Quartal des laufenden Jahres. Da der vorliegende Auftragsbestand wesentlich größer ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, erwartet die Verwaltung weiter befriedigende Resultate.

Die Bergwerks-Gesellschaft Westfalen m. b. H. beginnt mit dem Bau einer modernen Schachtanlage, wegen ein geeignetes Terrain von 400 Morgen Größe in der Nähe der Stadt Ihen angekauft wurde.

Railbergbau-Gesellschaft „Teutonia“. Die getrigge außerordentliche Generalversammlung der Bergwerks-Gesellschaft Teutonia beschloß einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals um M. 1 Million auf M. 4 750 000 durch Ausgabe von Aktien zum Kurse von 100 pCt. nebst M. 30 Kostenzuschlag. Die neuen Aktien übernahm eine Bankengruppe unter Führung der Nationalbank für Deutschland und des Bankhauses S. Bleichröder in Berlin. Die neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zum Kurse von 108 pCt. im Verhältnis von 1 : 4 zum Bezuge angeboten. Laut Mitteilung der Verwaltung hat der Ertrag der Gesellschaft 376 Meter Länge erreicht und steht von 192 Meter an im Salz.

Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft. Die Gesellschaft vereinbarte in 1907 an Dividenden M. 2 069 951 (i. V. M. 2 044 616) und im Betrieb M. 3 084 401 (M. 2 248 012). Nach Bestreitung aller Unkosten und Betriebsausgaben und nach Ueberweisung von M. 810 000 (M. 440 000) an den Erneuerungsfonds, ferner nach Deduktion aller Zinsen ergibt sich ein Reingewinn von M. 1 374 400 (M. 1 373 390). Die Dividende wird bekanntlich wieder mit 5 1/2 pCt. beantragt, während dem Einzahlungsanteil von M. 825 000 zuzählt. Bei M. 9 Mill. Aktienkapital und M. 900 000 Reserven beträgt die Anleiheausgabe M. 10,8 Mill., die Gebäude stehen mit 23,49 Mill. zu Buch, die Maschinen mit M. 1 Mill., denen ein Erneuerungsfonds für Gebäude von M. 1,64 Mill. und für Maschinen von M. 0,48 Mill. gegenübersteht.

Berliner Pfandbrief-Institut in Berlin. Auch im Laufe des Jahres 1907 ist laut Rechenschaftsbericht ein Aufschwung der Anzahl festzinslicher gewesen. Die Zahl der Pfandbriefe Grundstücke wuchs von 1535 auf 1629 und die Gesamtsumme der noch verzinslichen Pfandbriefe von 200 513 000 M. auf 216 169 200 M. Im Jahre 1907 sind keine Pfandbriefe Grundstücke auf Antrag der Anstalt unter Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung gestellt worden. Ueber drei Pfandbriefe Grundstücke war die Zwangsverwaltung auf Antrag dritter Personen eingeleitet worden. Der Verwaltungsbestand hat im Jahre 1907 einen Ueberschuß von 570 807 M. ergeben.

Zahlungsforderung im Getreidehandel. Die bekannte internationale Getreideimportfirma F. Lenders & Co. Limited in London beruft infolge größerer Verluste zum nächsten Montag ihre Aktionäre zusammen. Die Firma ist eine der größten internationalen Getreideimportfirmen, die vor einiger Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Verbindlichkeiten dürften sehr umfangreich sein. Sämtliche europäischen Getreidemärkte sind mehr oder weniger interessiert.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite).

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Schluß-Kurse.			
Reichsbank-Diskont 5 1/2 Prozent.			
Wechsel.			
Kassendiskont	kur	100	100
Paris	kur	5.30	25
Belgien	kur	81.15	175
Italien	kur	84.875	4875
London	kur	100	100
Amst.	kur	100	100
Brüssel	kur	100	100
Frankfurt	kur	100	100
Madrid	kur	100	100
Barcelona	kur	100	100
Lissabon	kur	100	100
Porto	kur	100	100
Lima	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100
Montevideo	kur	100	100
Buenos Aires	kur	100	100
Santiago	kur	100	100
Valparaiso	kur	100	100
Sao Paulo	kur	100	100
Rio de Janeiro	kur	100	100

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table of German state securities with columns for date (9, 10, 9, 10) and price.

Alten industrieller Unternehmungen.

Table of prices for various industrial enterprises.

Bergwerks-Aktien.

Table of prices for mining stocks.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table of prices for mortgage bonds and priority obligations.

Frankfurt a. M., 10. April. Kreditaktien 190 90, Staatsbahn 145.10 Lombarden 28.50...

Berliner Effektenbörse.

Table of prices for the Berlin stock exchange.

Privatdiskont 4%.

Table of private discount rates.

Pariser Börse.

Table of prices for the Paris stock exchange.

Londoner Effektenbörse.

Table of prices for the London stock exchange.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse war heute still und kam nur ein Abstieg in Rhein-Ereditbank-Aktien zustande...

Table of prices for the Mannheim stock exchange.

Telegraphische Handelsberichte.

Kaiserslautern, 10. April. Das Bank- und Kommissionsgeschäft von Leon Scher in Kaiserslautern befindet sich...

Höcher Harzwerke vorm. Meißner, Lucius u. Brüning, Höchst a. Main. An der Börse...

Frankfurt a. M., 10. April. In der heute stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsrates...

Berlin, 10. April. Die Zeichnungen auf die neuen Anleihen des Reichs...

Grün u. Siffinger, Aktien-Gesellschaft, Mannheim. Bei der heutigen Generalversammlung...

Wienmarkt in Mannheim vom 9. April. Amtlicher Bericht der Direktion. Es wurde bezahlt für 50 Ko. Schlachtvieh...

Neuerliche Schiffsverkehrs-Telegramme. New-York, 8. April. (Drahtbericht der White Star Line Southampton.) Der Schnelldampfer 'Teutonic'...

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Table of prices for Marx & Goldschmidt, Mannheim, listing various goods and their prices.

Butterick's Kaumagraph-(man) Muster. statt der bisherigen Passen und Schablonen für die Kalkulation eine neue Methode...

Kunstgewerbehaus C. F. Otto Müller. Mannheim (Mauhaus). 75830. Hauptgeschäft Karlsruhe, Kaiserstrasse 144.

Es wird geklopft, gerollt, gestaubt, gefestigt, gewaschen, gepoltert, gepulvert, gepulvert, gepulvert, gepulvert, gepulvert, gepulvert...

Ich gab was drum, wenn ich nur wüßte. Wer mir den unheilbaren Katarakt abnehmen wollte...

